Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1263

28. 11. 77

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 5. bis 13. Oktober 1977 in Straßburg

Während der Herbst-Tagung (Zweiter Teil der 29. ordentlichen Sitzungsperiode) erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Empfehlungen und Entschließungen, die sich mit folgenden Themen befaßten:

— **Tätigkeitsbericht des Präsidiums,** des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit

Die Versammlung nahm folgende Beschlüsse des Ständigen Ausschusses vom 8. Juli 1977 zur Kenntnis:

Stellungnahme 85 betr. Haushalte des Europarates für die Haushaltsjahre 1975, 1977 und 1978

Empfehlung 810 betr. Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Tourismus

Empfehlung 811 betr. die Haushaltsmittel des Europarates

Empfehlung 812 betr. die Harmonisierung des Unterrichts der Luftfahrtmedizin

Empfehlung 813 betr. Untersuchungsverfahren bei Flugzeugunfällen und die Rolle des Pathologen

Entschließung 656 betr. die Lage in Spanien

Entschließung 657 betr. die Lage in Zypern

Entschließung 658 betr. Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Tourismus

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

Entschließung 659 betr. die Erhaltung der Lebendressourcen des Mittelmeeres

Entschließung 660 betr. Antwort auf den 7. Tätigkeitsbericht (1975) des Internationalen Zentrums für fortgeschrittene mediterrane landwirtschaftliche Studien

Richtlinie 364 betr. kulturelle Aspekte des Tourismus

— **Politische Fragen** (Die Lage in Spanien; die Mißstände in Europa)

Hierzu sprachen die Abg. Reddemann (S. 27), Dr. Geßner (S. 27; 30), Frau von Bothmer (S. 29; 31)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 820 betr. die Lage in Spanien (S. 28/29)

Empfehlung 821 betr. die Mißstände in Europa (S. 31/32)

— **Kultur und Erziehung** (Moderne Sprachen in Europa; die Freiheit der Meinungsäußerung und die Rolle des Schriftstellers in Europa)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Schwencke (S. 5; 11; 14), Büchner (Speyer) (S. 7), Dr. Müller (S. 8; 14), Reddemann (S. 10), Dr. Mende (S. 14)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 814 betr. Moderne Sprachen in Europa

Empfehlung 815 betr. die Freiheit der Meinungsäußerung und die Rolle des Schriftstellers in Europa (S. 14)

— **Wissenschaft und Technologie** (Die Europäische Raumfahrtagentur; die UN-Konferenz über Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung; Einführung von Systemen zur Verhinderung von Zusammenstößen im Luftverkehr)

Hierzu sprach Abg. Lenzer (S. 15)

Beschlüsse der Versammlung

Entschließung 661 betr. die Europäische Raumfahrtagentur (S. 16)

Entschließung 662 betr. die UN-Konferenz über Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung

Richtlinie 365 betr. die UN-Konferenz über Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung

Empfehlung 819 betr. die Einführung von Systemen zur Verhinderung von Zusammenstößen im Luftverkehr

— **Wirtschaft** (22. und 23. Jahresbericht der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister; die Tätigkeit der OECD im Jahre 1976; 16. und 17. Jahresbericht der EFTA)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Ahrens (S. 17; 18), Lemmrich (S. 18; 19), Dr. Vohrer (S. 23; 24), Dr. Holtz (S. 22), Schmidhuber (S. 23; 24)

Beschlüsse der Versammlung

Entschließung 663 betr. Antwort auf den 22. und 23. Jahresbericht der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister (S. 19)

Entschließung 665 betr. den 16. und 17. Jahresbericht der EFTA

Entschließung 666 betr. Antwort auf den Tätigkeitsbericht 1976 der OECD (S. 25/26)

— **Rechtsfragen** (Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen; einige Aspekte des Asylrechts)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 816 betr. Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen

Richtlinie 366 betr. Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen

Empfehlung 817 betr. einige Aspekte des Asylrechts

— **Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen** (20. Tätigkeitsbericht des intergouvernementalen Ausschusses für europäische Wanderbewegungen; Auswirkungen demographischer Veränderungen auf die Sozial- und Migrationspolitik)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Enders (S. 20), Dr. Müller (S. 21; 22)

Beschluß der Versammlung

Entschließung 664 betr. 20. Tätigkeitsbericht des intergouvernementalen Ausschusses für Europäische Wanderbewegungen

— **Sozial- und Gesundheitsfragen** (Die Lage der Geisteskranken)

Beschluß der Versammlung

Empfehlung 818 betr. die Lage der Geisteskranken

— **Bericht des Ministerkomitees**

Hierzu sprach Abg. Alber (S. 26; 27)

— Raumordnung und Kommunalverwaltung (12. Tagung der Europäischen Konferenz der Gemeinde- und Regionalbehörden)

Beschluß der Versammlung

Stellungnahme 86 betr. die Beschlüsse der 12. Tagung der Europäischen Konferenz der Gemeinde- und Regionalbehörden, Straßburg, 24. bis 26. Mai 1977

Die Reden der deutschen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung sind nachstehend mit Auszügen der betreffenden Beschlüsse der Versammlung abgedruckt.

Die Parlamentarische Versammlung wählte Abg. Dr. Manfred Geßner (SPD) zum Vizepräsidenten der Versammlung. Zum Mitglied des Gemeinsamen Ausschusses wurde von der Versammlung Abg. von Hassel (CDU/CSU) (Stellvertreter Dr. Geßner) gewählt.

Den turnusmäßigen Bericht des Ministerkomitees trug dessen amtierender Vorsitzender, der italienische Außenminister Arnaldo Forlani vor.

Zur Versammlung sprachen der griechische Verkehrsminister und amtierende Vorsitzende der Europäischen Verkehrsministerkonferenz, George Voyatzis, der Direktor des intergouvernementalen Ausschusses für europäische Wanderbewegungen, John Thomas, der Generalsekretär der OECD, Jonkheer E. van Lennep, der Vorsitzende des Ministerrats der EFTA, Ernst Brügger, und der Präsident des spanischen Kongresses, Fernando Alvarez de Miranda.

An der Aussprache über die Tätigkeit der OECD nahmen parlamentarische Delegationen aus Australien, Kanada, Finnland, Japan, Neuseeland und Spanien teil.

Bonn, den 18. November 1977

Dr. Manfred Geßner	**Kai-Uwe von Hassel**
Stellvertretender Sprecher	Sprecher

Mittwoch, 5. Oktober 1977

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeitsbericht des Präsidiums, des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit

(Drucksache 4039)

Berichterstatter: Abg. Pecoraro

Tagesordnungspunkt:

Moderne Sprachen in Europa

(Drucksache 4018)

Berichterstatter: Abg. Piket

Donnerstag, 6. Oktober 1977

Tagesordnungspunkt:

Die Freiheit der Meinungsäußerung und die Rolle des Schriftstellers in Europa

(Drucksache 4012)

Berichterstatter: Abg. Dr. Schwencke

Dr. Schwencke (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sicherlich wird für die Kollegen, die mit uns in Berlin auf der 15. Kunstausstellung des Europarats waren, ein Bild unvergessen bleiben: Georg Grosz malte 1926 „Die Stützen der Gesellschaft". Dieses Bild macht jedenfalls deutlich, was „Kunst" ist und was der Versuch einer politischen Interpretation von Kunst in und für eine Zeit bedeutet haben mag, in der die erste deutsche Republik bereits in Gefahr war. Damals hat man den Künstler beschimpft, beleidigt; man hat ihm schließlich den Prozeß gemacht wegen „Schändlichkeit in moralischen Fragen". Heute, wo wir über die Tendenz der 20er Jahre besser Bescheid wissen, wissen wir, daß diese von ihm dargestellten Figuren diejenigen sind, die als „Stützen der Gesellschaft" die Totengräber der ersten deutschen Republik gewesen sind. Alles das, was im Bild dargestellt wurde, ist nichts anderes als eine politische Aussage zur Zeit gewesen. Sie hätte den vielen die Augen öffnen können, bevor es zu spät war: als schließlich 1933 die Bücher brannten und die ersten Verfemten — als solche bezeichnet — als Literaten und Künstler Deutschland verlassen mußten. Da erst gingen auch dem letzten die Augen über eine Entwicklung auf, die eine gewisse Gruppe innerhalb der Gesellschaft, die sogenannten Stützen der Gesellschaft, gemeinsam bewirkt hatte: Kunst und Literatur haben mit Politik zu tun! Und haben es noch!

Mehr als ein Dezennium später nach Grosz' „Die Stützen der Gesellschaft" markiert ein anderes Bild die Entwicklung: Guernica! Jedermann kennt es wohl. Picasso, der Künstler, wurde von zwei deutschen Offizieren im Blick auf das Bild gefragt: Haben Sie das gemacht? Picasso hat einen Augenblick gezögert, dann hat er geantwortet: Nein, meine Herren, Sie!

Das ist kein historisierendes Präludium zu der Fragestellung, die uns hier heute morgen beschäftigen wird. Leider ist die Gegenwart nicht so, auch nicht in unseren demokratischen Ländern, daß **Literatur und Politik** aufeinander zulaufen. Sie laufen schon wieder auseinander.

Es sei mir gestattet, Herr Präsident, daß ich aus der „Frankfurter Rundschau" vom 3. Oktober 1977 im Blick auf einen deutschen Schriftsteller, den jedermann kennt, folgendes zitiere — ich habe mich vergewissert, daß alle Fakten, die hier enthalten sind, der Wahrheit entsprechen —:

> Es gibt jedoch eine Reihe von Vorgängen der letzten Zeit, die offenbar schon derart normal geworden sind, daß man sich wirklich überlegen muß, ob man nicht besser wahnsinnig werden sollte. Heinrich Böll konnte nicht ahnen, als er den oben zitierten Satz in einem Interview für den Bayrischen Rundfunk formulierte — um die augenblickliche „populäre Hetze" der Springer-Blätter und prominenter CDU/CSU-Politiker gegen ihn und andere angebliche „Sympathisanten der Terroristen" zu charakterisieren —,
>
> (Zuruf von Dr. Mende [CDU/CSU]: Das gehört nicht hierher. Wir sind nicht im Bundestag!)
>
> daß sich die finster stimmende Logik des Satzes und seine deprimierende Wahrheit ausgerechnet an diesem Interview beweisen sollte.

Ich zitiere auch noch die letzte Passage, Herr Mende, um deutlich zu machen, wie sehr das hier Zitierte mit dem Thema Freiheit zu tun hat:

> Man wird das festhalten müssen: der Literaturnobelpreisträger **Heinrich Böll** darf im Bayrischen Rundfunk sich nur noch dann hören lassen, wenn er von einem Kreis möglicherweise eben jener Heldentenöre des Gratismuts umgeben wird, deren chorisches Auftreten mit der immer gleichen Verleumdungsarie jedem vernünftigen Menschen mißtönend und lautstark in den Ohren gellt.
>
> (Zuruf von Dr. Mende [CDU/CSU]: Kommen Sie zum Thema!)

Haben wir uns schon so verändert, daß wir gar nicht mehr merken, was für ein Trauerspiel da gegeben ist?

(Erneuter Zuruf von Dr. Mende [CDU/CSU]: Herr Präsident, rufen Sie den Berichterstatter zur Sache!)

Ich schließe dieses Zitat bereits hier ab; es kommt noch Schlimmeres. Faktum ist, daß nicht nur die Freiheit dieses Schriftstellers durch verschiedene Maßnahmen gefährdet ist: durch Herstellen eines Hetzklimas, das ganz bestimmt nicht freiheitsfördernd ist und unserer Demokratie nicht gut ansteht.

Mein Thema, Herr Präsident, meine Damen und Herren, befaßt sich im größeren Zusammenhang mit solchen relevanten Fragen. Ich will an zwei Thesen deutlich machen, was meinem Bericht an politischer Philosophie zugrunde liegt und natürlich auch Konsequenzen für die vorgeschlagene Empfehlung hatte. Erstens: Der Schriftsteller hat ein politisches Amt, wenngleich der Schriftsteller kein Mandat wie wir Politiker hat. Eine zweite These: Kunst definiert der Künstler. Alle unsere Versuche, daß wir Kunst definieren oder daß wir Gerichten überlassen zu definieren, was Kunst ist, führen in die Irre. Der Künstler schafft Kunst im originären kreativen Akt und definiert sie damit zugleich. — Ich meine, daß dieses die Kunstfreiheit ist, die für die Staaten des Europarats gilt — oder gelten sollte.

Mein Land, das wurde an dem Zeitungszitat deutlich, hat sich schwer getan und tut sich schwer im Umgang mit Schriftstellern und Künstlern, kritischen Wissenschaftlern und Intellektuellen, andere Länder kaum minder. Vielleicht ist das Thema gegenwärtig in Deutschland zu relevant, um hier pars pro toto europäisch ausgeführt zu werden.

Der Bericht, den ich Ihnen heute erstatten darf, hat eine lange Geschichte. Unser verehrter vorheriger Vorsitzender des Kulturausschusses und jetziger Generalsekretär, Georg Kahn-Ackermann, hat bereits 1971 eine Vorlage eingebracht, wonach er die Lage von Schriftstellern und Verlegern untersuchen lassen wollte. Wir haben nach einigen Diskussionen, in denen sich das Thema verschoben hat, die Verleger aus dieser Gesamtdarstellung herausgenommen und uns auf die **Lage der Schriftsteller** — allerdings mit einigen Blicken auch auf die Situation der Verleger — konzentriert. Das Gesamtfeld von Schriftsteller-Verleger-Markt wird erneut zur Sprache kommen, wenn mein Kollege Faulds in der nächsten Sitzungsperiode seinen Bericht vorlegen wird. Wir haben in dem Ihnen heute vorgelegten Bericht drei Schwerpunkte gesetzt: erstens den Freiheitsaspekt, zweitens das sozialpolitische Defizit und drittens Fragen der Arbeitsplatzsicherung bzw. -erweiterung. Ein weiterer Aspekt ist schließlich noch der der Harmonisierung der in unseren Ländern unterschiedlichen gesetzlichen Bereiche wie etwa Copyright, Bibliotheksabgabe, Mindesthonorare usw.

Wir haben im Mai 1976 eine große Hilfe für diesen Bericht durch die Kultusministerkonferenz des Europarats in Oslo erfahren, wo die Künstler und Schriftsteller in der Gesellschaft unter dem Leitgedanken einer neuen Kulturpolitik im Mittelpunkt standen. Hier sind die von mir genannten Aspekte behandelt worden, und zwar in einer Empfehlung, die wir für unseren Ausschuß erneut aufgenommen haben, um damit die innere Kontinuität in der Arbeit des Europarats zu dokumentieren. Wir erwarten nun von unseren Mitgliedsländern Maßnahmen.

Anfang dieses Jahres hat in Berlin der erste Kongreß der Schriftstellerorganisationen Westeuropas unter den Auspizien des Europarats stattgefunden. Es waren aus fast allen Mitgliedsländern, die auch hier vertreten sind, die Vorsitzenden bzw. Delegationen der Schriftstellerverbände gekommen. Sie haben mit einer sehr sorgfältigen Analyse der jeweiligen nationalen Situation begonnen und dazu vehement beigetragen, daß in diesem Bericht eine Fülle von Einzelheiten genannt werden konnten, über die wir sonst nicht verfügen könnten. Wir können sehr dankbar sein, daß dieses Treffen der Schriftstellerorganisationen stattgefunden hat; ein zweites ist für das nächste Jahr vorgesehen. Es hat einen sehr wichtigen Anstoß zur Formulierung der Interessen der betroffenen Schriftsteller in unseren Mitgliedsländern gegeben.

Dieser Kongreß im Februar dieses Jahres hat ein paar wichtige Beschlüsse gebracht. Ich darf mir im Blick auf die Zeit erlauben, wenigstens drei Punkte vorzutragen. Die am Schluß dieser Tagung gefaßte Resolution hat in ihrem ersten Punkt folgenden Wortlaut:

> Die Vertreter westeuropäischer Schriftstellerorganisationen und Gewerkschaften, die in ihren Ländern für die Entwicklung der Freiheit der Kultur gegen alle Formen politischer und ökonomischer Zensur und gegen alle Einschränkungen der freien Dialektik der Ideen kämpfen, fordern die in Ost und West wirksame Anwendung der Vereinbarung von Helsinki, insbesondere hinsichtlich des ungehinderten Austausches von Erfahrungen und des Rechtes auf die Äußerung der Organisation von Widerspruch, mit der einzigen Einschränkung: der Rücksicht auf die Freiheit des anderen.

In dem zweiten Punkt der Entschließung wird u. a. die Ausarbeitung einer gemeinsamen **berufs- und sozialpolitischen Charta der Schriftstelle**r gefordert. Ferner wird neben anderem gefordert, daß sich der Europarat in Straßburg dieser Frage annimmt, was hiermit jedenfalls auch im Sinne der Schriftsteller zu einem Teil geschieht.

Ich darf die Initiatorin des Schriftstellerkongresses in Berlin, die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz, zitieren, die anschließend in einem sehr nüchternen Satz Resümee gezogen hat. Sie schreibt — ich glaube, das werden viele nicht anders sehen —, die „nüchterne Bilanz" sei, „daß die Literatur in ganz Europa in ihrer nichtmarktkonformen Vielfalt gefährdet ist". Sie fährt fort: „Die Schriftstellerorganisationen kämpfen um Rechte, die, gemessen an der technischen Entwicklung, bescheidene Rechte sind, die Rechte jedermanns auf Alters- und Krankenversicherung."

Damit komme ich zu dem Punkt, der auch in meinem Bericht einen großen Raum einnimmt und den mein Kollege Reinhart nachher noch deutlicher aus der Perspektive des Sozialausschusses darstellen wird: Es handelt sich um die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation, die für den betroffenen Schriftsteller insbesondere soziale Konsequenzen hat. Der betroffene Schriftsteller, von dem ich hier spreche, ist derjenige, der keine andere Versicherung hat, d. h. der nicht Lehrer oder Angestellter ist oder einen anderen Beruf hat, der ihn ernährt und sozial sichert. In dieser Hinsicht gibt es in der Tat sehr viele Defizite, die des typischen Freiberuflers.

Aber man sollte nicht nur von Defiziten, sondern auch von einigen positiven Entwicklungen sprechen. Da ist besonders in den Berichten der Delegierten aus Skandinavien in Berlin einiges Erfreuliche herausgekommen. In Schweden gibt es eine jedenfalls in gewissem Umfang als mustergültig anzusehende Regelung. Da gibt es etwa das subventionierte gute billige Buch des Jahres, das ein neuer Roman eines schwedischen Schriftstellers sein kann, der mit Unterstützung des Staates publiziert wird und gewissermaßen in jedem Supermarkt zu haben ist.

Oder denken wir an Finnland. Dort gibt es einen Stipendienreichtum, der uns andere nur beschämt; fast jeder zweite finnische Schriftsteller kommt in den Genuß eines solchen Stipendiums.

In Dänemark gibt es eine Sozialversicherung, die jedenfalls für viele Länder vorbildlich ist.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es Eigeninitiativen, etwa den Verlag der Autoren und Autorenbuchhandlungen.

Dann nenne ich Großbritannien. Dort spielt das Problem der Altersversorgung, der Sozial- und der Krankenversicherung keine wesentliche Rolle, weil jedermann a priori versichert ist.

Aber es gibt noch mehr negative Tendenzen. So haben wir uns in Italien von dem Präsidenten der Schriftstellervereinigung sagen lassen, daß selbst berühmte Schriftsteller in Italien nicht von dem leben können, was sie mit ihren Büchern verdienen.

Dann nenne ich die Türkei. Dort werden — ich fürchte, daß die Situation auch in diesen Tagen noch nicht geändert ist — kritischen Autoren Schwierigkeiten gemacht, ihre Gedanken überhaupt zu publizieren.

Ich kann das alles nur andeuten und weise darum auf meinen Bericht hin, in dem ich ausführlicher darauf eingegangen bin.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, es lohnt sich, wenn wir in einigen Punkten die zur Debatte stehenden Fragen zusammenfassen. Ich tue das mit dem kurzen Hinweis auf die Arbeitsfelder, die im Mittelpunkt meines Berichtes und der Empfehlungen stehen:

1. garantierte politische Entfaltungsmöglichkeiten auf der Grundlage der Menschenrechtskonvention,
2. eine bessere ökonomische Existenzsicherung, etwa durch Ausdehnen der Berufsfelder für den Schriftsteller,
3. soziale Rahmenregelungen für Krankheit und Alter,
4. Angleichung der unterschiedlichen Rechtspositionen innerhalb europäischer und nationaler Gesetzgebung — im Blick auf Copyright, Bibliotheksabgabe, Übersetzung, Mindesthonorar usw.; im Bericht Faulds zur Bibliotheksabgabe werden wir darüber später noch einiges hören und weiter diskutieren können —,
5. Entwicklung neuer kulturpädagogischer Arbeitsbereiche, die etwa im nichtmerkantilen Freizeitbereich liegen und
6. — diesen Aspekt bringe ich hier gern auch im Auftrag der Schriftsteller an — die Sicherung ethnischer Minderheitsliteraturen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen. Literatur und Politik stehen stets im Spannungsfeld. Keiner wird es auflösen. Kein Demokrat wird in der Lage sein, dieses Spannungsfeld zu beseitigen, da es sich a priori im Blick auf die verschiedenen Aufgaben von Literatur einerseits und Politik andererseits unterschiedlich darstellt: Dieses Verhältnis wird immer gespannt sein. Aber wir meinen — und das ist meine These —, daß der fortschrittliche Schriftsteller, der Volksaufklärer, der emanzipatorische Pädagoge in seinem Volk, den Auftrag und die Chance hat, in Denk- und Fühlbereiche einzudringen vermag und Ebenen, die noch kein Politiker oder sonst jemand kennt, durch Schreiben auf die Tagesordnung zu bringen, womit wir Hinweise auf eine bessere, auf eine humanere Entwicklung bekommen.

Wenn wir heute diskutieren, sprechen wir in einer Situation, die sich jedenfalls im Blick auf mein Land nicht verbessert, sondern verschlechtert hat. Ich darf sagen: Nach meiner Auffassung hat Demokratie immer so viel mit Freiheit zu tun, wie wir diese Freiheit auch für unsere kritischen Geister zu sichern bereit sind, bzw. diesen Freiraum noch erweitern. Literatur findet ihre Wahrheit im schöpferischen Akt. Wir müssen alles tun, daß dieser Akt im Sinne unserer parlamentarischen Demokratie möglich und sicherer wird: es ist ein politischer Akt!

Günter Grass, einer der deutschen Schriftsteller, die nicht ganz unbekannt sind, hat ein Bild gebraucht, um die Aufgabe der Literatur deutlich zu machen. Er will vor jeweils falschen Alternativen warnen und sagt: Mein Haus hat zwei Ausgänge; ich wähle den dritten. Wir können auch einen anderen wählen.

Büchner (Speyer) (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße den Bericht von Herrn Kollegen Dr. Schwencke und möchte zu zwei Aspekten dieses Berichts kurz Stellung nehmen, vor allen Dingen deshalb, um Mißverständnissen und Mißdeutungen, die es im

Lauf der Debatte gewollt oder ungewollt geben kann, von vornherein entgegenzutreten.

Der erste Aspekt, zu dem ich etwas sagen will, sind die Ausführungen und Darlegungen in diesem Bericht über die Rolle des Schriftstellers in unserer Zeit. Ich begrüße es ausdrücklich, daß der Bericht es vermeidet, von außen dem Schriftsteller eine Rolle in unserer Gesellschaft zuzuweisen, daß er es aber ermöglicht, daß der Schriftsteller — und dies ist auch meine Meinung — sich die Rolle, die er spielen möchte, durch sein Werk, durch Inhalt, Aussage und Form seines Schaffens selbst suchen kann. Dieser Bericht stellt sicher, daß ihm diese Freiheit auch gewahrt, gelassen wird, daß sie eventuell für ihn auch verteidigt werden muß, wenn sich der Schriftsteller die Rolle des kritischen Begleiters in unserer Gesellschaft als seine maßgebende Aufgabe stellt.

Hier haben wir Anlaß, sowohl im Osten als auch im Westen auf Bedrohungen hinzuweisen, die diesem **Rollenverständnis des Schriftstellers** sehr massiv entgegenstehen: ob es auf der einen Seite die Behinderungen sind bis hin zu Ausweisungen und Ausbürgerungen, bis zu subtilen Angriffen auf Leib und Leben, die wir in der letzten Zeit berichtet bekommen haben; ob es auf der anderen Seite das ist, was kritischen Schriftstellern entgegenschlägt, wie es Herr Schwencke definiert hat, nämlich ein Klima, in dem zu verzeichnen ist, daß nicht jede Aussage, die sich kritisch mit gesellschaftlichen Zuständen befaßt, auch frei bleibt von dem Versuch, die Person des Schriftstellers ins Zwielicht zu bringen.

Sein Werk, seine Aussage steht zur Kritik; seiner Person muß Freiheit und Unabhängigkeit gesichert bleiben. Dies sollte unser gemeinsames Bestreben sein. Hierfür haben wir die Grundlagen in der Menschenrechtskonvention.

Der zweite Aspekt, den ich kurz berühren will, findet seine Grundlage in der Sozialcharta. Ich bin Mitglied des Sozialausschusses und habe mich besonders mit diesem Bereich beschäftigt. Das ist der Aspekt, zu dem Herr Reinhart ergänzend Stellung genommen hat. Ich möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen, davor warnen, daß sich in diesem Bereich Mißverständnisse einschleichen. Ich plädiere ausdrücklich dafür, daß der Schriftsteller in Europa eine seinem besonderen Stand gemäße Chance erhält, sich in die Systeme sozialer Sicherung einzufügen. Ich widerspreche ausdrücklich der weit verbreiteten Auffassung, **soziale Sicherheit** vertrage sich nicht mit der Freiheit und Unabhängigkeit **des Künstlers.**

Wer dies meint, hat ein Bild vom Schriftsteller, das nicht mehr in unsere Zeit paßt. Die Idylle des „armen Poeten" von Spitzweg mag liebenswürdig sein; niemand sollte jedoch wünschen, daß sie das Bild des heutigen Schriftstellers bestimme. Romantisierende Betrachtungsweisen und die Erwartung, materielle und soziale Unsicherheit seien besondere Antriebskräfte künstlerischen Schaffens, sind für mich eine elitäre und beleidigende Beurteilung schriftstellerischer Arbeit. Ich meine, im Gegenteil: soziale Sicherheit ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Freiheit und Unabhängigkeit des Schriftstellers.

Die Solidargemeinschaften, z. B. der Kranken- und Altersversicherung, sollen und müssen diesem Berufsstand geöffnet werden. Dabei sollen natürlich die Besonnderheiten, die diesem künstlerischen Berufsstand eigen sind, in der Ausgestaltung der einzelnen Möglichkeiten berücksichtigt werden. Der Sozialausschuß will sich, wie Herr Kollege Reinhart bekräftigt hat, in nächster Zeit allgemein, also über den Berufsstand des Schriftstellers hinaus, mit der sozialen Sicherung der künstlerischen Berufe beschäftigen.

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, nicht der Staat, sondern die Solidargemeinschaften, die wir in unseren Gesellschaften für die soziale Sicherung geschaffen haben, sollen dafür sorgen, daß der Künstler seine Unabhängigkeit und Freiheit wahren kann. Ich widerspreche dem Wort vom „Staatsschreiber". Gerade wenn wir ihn nicht wollen, sondern die Unabhängigkeit des Schriftstellers sichern wollen, dürfen wir nicht unterlassen, für seine soziale Sicherheit zu sorgen bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß er die Chance hat, selbst für seine soziale Sicherheit zu sorgen.

Auf diese zwei Aspekte, Herr Präsident, wollte ich hinweisen. Ich möchte an Sie alle appellieren, Kollegen und Kolleginnen: Geben Sie dem Schriftsteller die Chance der Freiheit und Unabhängigkeit, indem Sie ihm zumuten und zutrauen, daß er seine Rolle in der Gesellschaft selbst findet. Wir unsererseits müssen ihm lediglich die Freiheitsräume sichern, innerhalb deren er diese Rolle spielt. Das bedingt, daß wir ihm die Möglichkeit einer eigenständigen, seinem Berufsstand entsprechenden sozialen Sicherung eröffnen. Der Bericht des Kollegen Dr. Schwencke bietet dafür eine gute Grundlage. Wer ihm zustimmt, dient den Schriftstellern und dient auch unserer Gesellschaft in Europa.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wenn wir den Bericht des Kollegen Schwencke diskutieren, müssen wir bei den Wurzeln beginnen. Ich bin der Meinung, daß sich in diesem Bericht eine Auffassung vom Schriftsteller verbirgt, die nicht unbedingt von allen hier in diesem Hause geteilt wird.

Der Kollege Schwencke hat vorhin in seiner Einführungsrede davon gesprochen, daß der Schriftsteller ein politisches Amt hat. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das mag sicher für einige Schriftsteller zutreffen. Nur: Es trifft genauso sicher nicht für alle Schriftsteller zu, ganz gleich, in welchem Bereich sie tätig sind. Nehmen wir das Beispiel der Lyrik. Natürlich kann es einen Lyriker geben, der ein politisches Amt hat, etwa einer, der ein Gedicht über die Unterdrückung von Landarbeitern schreibt. Aber es gibt umgekehrt auch Lyriker, die ein Gedicht an eine Rose oder an einen Herbstwald schreiben. Wo ist hier ein politisches Amt, eine politische Aufgabe?

Mich stört auch an diesem Begriff „politisches Amt", daß hier vordemokratische Vorstellungen

mit durchschlagen, Erscheinungen, die durch die Französische Revolution von 1789 längst überwunden worden sind, nämlich unkontrollierte Macht, elitäre Einstellung, eine gewisse Arroganz, einen besonderen Anspruch in einer demokratischen Gesellschaft zu haben.

Denn dieses **politische Amt des Schriftstellers** wird ja von niemandem kontrolliert. Das politische Amt eines Politikers, eines Abgeordneten, von uns allen, wird kontrolliert durch den Wähler. Er muß sich zur Wahl stellen. Beim Schriftsteller ist das nicht der Fall. Deswegen, so glaube ich, kann man es nicht sagen: Der Schriftsteller hat schlechthin ein politisches Amt.

Lassen Sie mich hier noch einen anderen Punkt aufgreifen, den schon andere erwähnt haben. Ich will ihn nur ganz kurz anschneiden. Ich bin auch nicht der Meinung, daß jeder einen Anspruch darauf hat, als „Schriftsteller" bezeichnet zu werden, ganz gleich, was er produziert, was er herausbringt. Da gibt es ja erhebliche Unterschiede. Ein Kolumnist in einer großen Massenillustrierten verdient für eine Kolumne soviel wie ein Lyriker in zwei Jahren, um es einmal so zu formulieren. Aber vielleicht ist der Lyriker mehr ein Schriftsteller als der Kolumnist in einer Massenillustrierten. Insofern muß man auch hier Differenzierungen vornehmen.

Der Kollege Schwencke spricht auch von einem Marktmechanismus, der eine Rolle spielt. Er zitierte die Schriftstellerin Drewitz mit ihren Äußerungen, wie ich glaube, in der „Neuen Rundschau". Natürlich ist dieser Marktmechanismus nicht mehr ganz in Ordnung. Er ist es aber nicht deshalb — so komisch das klingen mag —, weil eine Bedrohung durch das „große Kapital" vorhanden ist, sondern weil eher eine Bedrohung von einer gemeinsamen politischen Grundeinstellung aus einer ganz bestimmten Richtung her vorhanden ist. Die großen Bestseller und die großen Verlage — zumindest in meinem Land — haben eine ganz bestimmte politische Tendenz, die eine antikapitalistische Tendenz ist, nicht etwa eine prokapitalistische Tendenz. Es entsteht ein ganz falscher Eindruck, wenn man es so einfach zur Kenntnis nimmt. Diejenigen, die die größten Auflagen haben, Herr Simmel und Herr Grass, sind politisch eindeutig festgelegt. Man sollte hier nicht irgendwelche Potemkinsche Dörfer aufbauen, die nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen.

Wenn man von der **sozialen Sicherheit der Schriftsteller** spricht, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wie ist das beim Arbeiter? Da gibt es die **Solidarhaftung,** da gibt es den Beitrag zur Altersversicherung. Wo sind die Beiträge derjenigen, die als Schriftsteller Millionen verdienen? Den Lebensstandard derjenigen, die „nur" Lyriker sind oder vielleicht nicht soviel verdienen und im Alter in Not sind, soll der Hilfsarbeiter mitfinanzieren, während sich der Bestsellerautor mit Millioneneinkommen über Jahre hinaus ein schönes Leben gemacht hat? Man muß etwas darüber nachdenken, wie man hier im einzelnen handeln sollte.

Lassen Sie mich noch einen anderen Punkt aufgreifen, der mir auch wesentlich erscheint, weil ich glaube, daß in dieser Beziehung im Bericht bestimmte Vernachlässigungen enthalten sind. Der Autor des Berichts schreibt wörtlich, daß ein Verleger die neunfache Einnahme eines Autors hat. Er schreibt selber, daß ein Autor Einnahmen in Höhe von fünf bis fünfzehn Prozent hat. Das neunfache Einkommen macht rund 90, 95 gut 100 % der Bucheinnahmen aus. Das heißt, die Druckereiarbeiter würden umsonst drucken. Das ist eine echte Ausbeutung, weil sie offensichtlich keine Löhne bezahlt bekommen. Der Vertrieb wäre auch umsonst. Hier stimmt doch etwas nicht, hier muß man die richtigen Relationen ansetzen.

Ein Versäumnis dieses Berichts ist auch, daß z. B. das Problem der **Raubdrucke** nicht erwähnt wird. Wir haben heute z. B. in meinem Land eine Fülle von sogenannten Polit-Läden und anderen linkslastigen, im Dunstkreis bestimmter Erscheinungen in der Bundesrepublik angesiedelten Einrichtungen, in denen eine Vielzahl von Büchern einfach fotomechanisch vervielfältigt und zu Preisen, die unter den normalen Ladenpreisen liegen, auf den Markt gebracht werden. Ich glaube, diesen Aspekt sollte man besonders beachten.

Ein anderer Punkt, der ebenfalls keine Beachtung gefunden hat, ist dieser: Ich habe das Gefühl, in einigen Ländern ist heute eine Analphabetisierungskampagne der Alphabetisierten im Gange, d. h. eine Bewegung von denen, die lesen und schreiben können, zurück zu denen, die nur noch das Bild aufnehmen. Wir kennen die Welle der **Comics,** der Bildgeschichten. Ja, selbst das „Kapital" von Karl Marx ist jetzt als Comic herausgekommen. Sie wissen sicher selbst, welchen Umfang diese Welle hat und was hier nicht mehr ganz stimmt.

Lassen Sie mich noch etwas zur Frage der **Zensur** sagen. Der Kollege Aano hat gesagt, daß es eine gewisse Selbstbeschränkung geben muß. Ich betone dieses Wort. Oder sind Sie der Meinung, daß jede Art von Pornographie verbreitet werden soll, daß jede Art von Gewaltverherrlichung sado-masochistischer Art verbreitet werden soll, etwa die Darstellung der Frau als ausgebeutetes bloßes Lustobjekt? Oder sind Sie der Meinung, daß nazistische Literatur, die die Gewalt verherrlicht, verbreitet werden soll? Ich denke etwa an die italienischen Kollegen; Sie kennen sicher das Buch „Porci con ali", das in diesem Bereich der politischen Pornographie angesiedelt ist. Ich bin der Meinung — und da bin ich wohl sogar mit den Kollegen der Kommunistischen Partei einig —, daß hier etwas passiert ist, wo man irgendwie an die Selbstachtung des Schriftstellers appellieren muß.

Ich glaube auch, in diesem Bericht hätte die **ethische Grundhaltung des Schriftstellers** deutlicher angesprochen werden sollen, denn diese ethische Grundhaltung ist von ganz großer Bedeutung. Es nützt gar nichts, wenn Schriftstellerverbände oder deren Vorsitzende große Worte über Freiheit sprechen, aber auf der anderen Seite diese Freiheit selbst mißbrauchen. Ich könnte hier den Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes der Bundesrepublik

zitieren, der in diesen Tagen zugelassen hat, daß der von ihm verfaßte „Schleyer-Steckbrief" verbreitet wird, was in der gegenwärtigen Situation sicherlich kein besonders schlauer Schachzug ist. Ich denke auch an das Mitglied des Schriftstellerverbandes Peter Schütt, der als Politlyriker eine Hymne auf die Ermordung des Bankpräsidenten Ponto in einer deutschen Zeitschrift hat erscheinen lassen. Hier werden gewisse Grenzen überschritten, die nach meiner Meinung nicht auf Grund einer Zensur, aber auf Grund der Selbstachtung der Schriftsteller eingehalten werden sollten. Solange die Schriftsteller das nicht berücksichtigen, müssen sie von dem hohen Podest ihres Anspruchs, besondere Vorkämpfer der Freiheit zu sein, herunter.

Ich wollte eigentlich nicht, daß hier noch Fragen meines Landes mit in die Debatte gezogen werden, aber nachdem der Kollege Schwencke das am Beginn seines Berichts getan hat, muß auch ich etwas dazu sagen. Ein altes Gebot besagt: audiatur et altera pars, man muß auch den anderen hören. Dies gehört auch zum Selbstverständnis von Meinungsfreiheit etwa in meinem Land beim Bayerischen Rundfunk. Man wollte keine einseitige Agitation. Man hat nicht ein Interview mit einem Schriftsteller abgesetzt, sondern dieses Interview — und ich habe ein gewisses Recht, dazu zu sprechen, weil ich in diesem Interview zitiert werde — wurde, als es in eine Hausfrauensendung des Bayerischen Rundfunks eingeschmuggelt werden sollte, in letzter Minute zur Kenntnis genommen, und der zuständige Redakteur hat gesagt: Nein, an diesem Tag senden wir das nicht, wir senden das an einem anderen Tag, wenn dazu auch eine andere Stellungnahme abgegeben werden kann. Gibt es eine faireres Verhalten? Will man nur eine einseitige Information, will man nur eine einseitige Berichterstattung, oder will man demokratisch sein? Dann muß man auch die Meinung des anderen mit anhören können.

Das letzte, was mir Sorge macht, liegt im Bericht selber begründet. Es heißt dort unter Punkt 1:

> Unlike their East European colleagues, writers in most Council of Europe member states do not enjoy a secure or really free professional status in society.

Das heißt: Im Gegensatz zu den Schriftstellern in den osteuropäischen Staaten haben die **Schriftsteller in den westlichen Staaten** keinen sicheren und wirklich freien Status in der Gesellschaft. — Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, so kann das nicht stehenbleiben, denn hier wird ein falscher Eindruck erweckt, der nicht der Realität entspricht. Ein ähnliches Beispiel findet sich an einer anderen Stelle des Berichts.

Ich bedauere sehr, daß der Verfasser dieses Berichts — der ja ein Experte auf diesem Gebiet ist; er ist selber Verleger im Rahmen des Autorenverlages, er ist Schriftsteller, und zwar sicherlich ein Schriftsteller mit politischem Amt, und er fühlt sich wahrscheinlich auch so — ein bißchen zu stark seine persönliche Meinung zu diesem Punkt hat zum Durchbruch kommen lassen. Ich bin der Meinung, daß die Kunst — und die Schriftstellerei gehört nun einmal zur Kunst — eben nicht nur politische, sondern auch ganz allgemeine Aspekte hat.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Der Schriftsteller Arthur Köstler hat vor etwa dreißig Jahren einen Essay geschrieben, den er mit der Überschrift versah: „Die Versuchungen des Romanschriftstellers". Er beschrieb dabei das eine Extrem eines Schriftstellers, der in seiner Schriftstellerstube bei fast geschlossenen Vorhängen sitzt und der nur einen ganz kleinen Blickwinkel der Realität sieht, aber diesen Blickwinkel beschreibt, als biete er die ganze Realität seiner Zeit. Er zeichnete als das andere Extrem jenen Schriftsteller, der sich weit aus dem Fenster legte, der den Boden unter den Füßen verlor und wild gestikulierend in die Zeit hineinredete, der also die Realität ebenfalls nicht mehr sah, aber glaubte, nun der progressive Schriftsteller seiner Zeit zu sein.

Ich habe den Eindruck, meine verehrten Damen und Herren, daß das zweite Extrem genau jenes Urbild des Schriftstellers ist, wie sich unser verehrter Herr Berichterstatter in seinem Bericht einen Eindruck, als sei er in eine Nostalgie verfallen, als Schriftsteller vorstellt. Ich habe ein bißchen den trauere er noch jenen Autoren der „bibliothèque rose" nach, die praktisch nur den zweidimensionalen Menschen kannte, den Menschen, der an seinem Geschlecht und an seiner Klasse zu erkennen war. Ich meine, dies ist ein Bild, das durchaus subjektiv ehrlich sein kann, als ehrlich angesehen werden muß, aber es muß in dieser Versammlung zugleich gesagt werden, daß dies nur ein Bild des Schriftstellers sein kann und daß es sehr viel mehr Bilder für einen Schriftsteller, für die Beschreibung eines Schriftstellers geben kann.

Für mich, meine Damen, meine Herren, ist ein Schriftsteller ein Mensch, der mit Hilfe seines Wortes versucht, die Botschaft seines Gewissens an einen anderen Menschen weiterzugeben oder an eine Vielzahl von Menschen. Dieser Schriftsteller muß aber zugleich ein Mensch sein, der nicht nur das Recht der Kritik für sich in Anspruch nimmt, sondern der vor allem ebenfalls die Pflicht fühlt, an sich selbst Kritik vollziehen zu lassen, wie er andere Menschen, andere Meinungen und andere Institutionen der Kritik unterzieht.

Ich habe seit 26 Jahren davon gelebt, daß das von mir geschriebene Wort gedruckt wird. Ich habe deswegen immer sehr aufmerksam die gesamte Situation verfolgt, und ich habe den Eindruck, daß gerade jener politisierende Schriftsteller, den unser verehrter Herr Berichterstatter beschrieben hat, inzwischen zu einer Kategorie von Mitmensch geworden ist, der zwar begeistert Kritik am anderen übt, der es für selbstverständlich hält, daß seine Kritik unbegrenzt und unbegrenzbar ist, der aber sofort von Verfolgung spricht, wenn man die Sonde der Kritik nach seinen eigenen Maßstäben auch an ihn anlegt. Er fühlt sich bereits in dem Augenblick verfolgt, in dem die gleiche ätzende Schärfe, die gleiche Art der Polemik und möglicherweise auch die gleiche Methode der falschen

Behauptung auf ihn zurückschlagen. Ich glaube, diese Sicht der Dinge dürfen wir nicht hinnehmen.

Der Berichterstatter hat gesagt: Freiraum für kritische Geister. Ich möchte ihm da völlig zustimmen, möchte das aber ergänzen: Freiraum auch für solche kritischen Geister, die an kritische Geister mit kritischen Bemerkungen herangehen wollen, oder — um auf das Beispiel zurückzukommen, das der Herr Berichterstatter heute morgen zu Beginn gegeben hat — Freiraum für **Heinrich Böll,** aber auch Freiraum für diejenigen, die glauben Grund zu haben, an Heinrich Böll Kritik zu üben.

Meine Damen, meine Herren, gestatten Sie mir einen kleinen Einschub in diesem Moment. Der Herr Berichterstatter hat — für mich etwas unverständlich, wie ich gerne zugebe — einen noch anhängigen Streitfall zwischen dem Schriftsteller Heinrich Böll und dem Bayrischen Rundfunk herausgegriffen und hat sich massiv dagegen gewehrt, daß ein Interview, das mit Heinrich Böll aufgenommen worden war, nicht gesendet wurde, sondern erst dann gesendet wird, wenn eine entsprechende Gegenmeinung ebenfalls ausgestrahlt werden kann. Ich will mich in diesen Streit nicht einmischen. Ich halte ihn nicht für einen Streit, der diese Versammlung beschäftigen sollte. Ich darf aber darauf hinweisen, daß der Staatssekretär im Bundespresseamt — und ich sage dies als ein Mitglied der deutschen Opposition —, Herr Bölling, ein Parteifreund unseres geschätzten Berichterstatters, gestern auf der Bundespressekonferenz erklärt hat, die von Heinrich Böll in eben jenem Interview angegebenen Fakten seien „so wohl nicht korrekt". Ich meine, dann ist es um so korrekter, wenn sich eine Rundfunkanstalt des öffentlichen Rechts darum bemüht, beide Seiten hören zu lassen.

Meine Damen, meine Herren, ich möchte deswegen den Herrn Berichterstatter bitten, nicht weiter in ein schwebendes Verfahren einzugreifen.

Aber lassen Sie mich noch auf einen anderen Aspekt hinweisen, der mir wesentlich erscheint. Gerade diejenigen Schriftsteller, die meinen, sie müßten sich allzu stark, so wie es der Berichterstatter vorschlägt, an politischen Kriterien orientieren, haben in den letzten Jahren eine Art esoterischer Geheimschrift entwickelt. Mit der Art, wie sie das neusoziologisch in ihre Arbeiten einfügen, entfremden sie sich der Bevölkerung. Die auch hier gerade wieder kritisierte und bedauerte Trennung zwischen der Kunst und der Mehrheit der Bevölkerung wird durch diese Art des Schreibens im Grunde genommen leider nicht behoben, sondern vertieft. Man läßt diejenigen Lesewilligen, die nicht bereit sind, eine solche Geheimsprache mit zu erlernen, in den Niederungen der Trivialliteratur. Auch darüber sollten wir nachdenken.

Ich darf noch keine kritische Anmerkung zu dem Bericht machen. Meine Damen, meine Herren, ich habe den Verdacht, daß der Bericht gerade bezüglich der Auseinandersetzung über **die Lage der Schriftsteller in Ost und West** nicht ausgewogen genug ist. Hier ist schon ein Wort der Kritik gesagt worden. Aber ich möchte hinzufügen: Wenn man hier den Begriff der Verfolgung von Schriftstellern in Ost und West sozusagen gleichermaßen auf ein nicht gesendetes Interview von Heinrich Böll auf der einen Seite und auf das grausame Lagerleben von Solschenizyn und Bukowski auf der anderen Seite überträgt, wenn man beides also auf die ungefähr gleiche Ebene hebt und alles als Verfolgung ansieht, dann habe ich den Verdacht, daß dies eine Gleichsetzung von pubertärem Hautausschlag und Lepra ist. Ich glaube, das können wir nicht akzeptieren.

Eine letzte Bemerkung. Es ist sehr viel über **die Rolle der Schriftsteller** gesagt worden. Ich bin mir nach der gesamten Debatte, die ich sehr aufmerksam verfolgt habe, nicht klar, ob wir wirklich eine gemeinsame Auffassung über den Stand oder den Beruf des Schriftstellers erarbeiten können. Ich bin dafür, daß wir jedem, der glaubt, sich als Schriftsteller berufen zu fühlen, der meint, seine Gedanken zu Papier bringen zu sollen, den notwendigen Freiraum geben. Ich bin auch dafür, daß man alles versucht um ihm eine soziale Sicherung zu geben, damit nicht Gedanken ungedruckt bleiben und, obwohl sie wichtig sind, untergehen. Aber, meine Damen, meine Herren, ich warne davor, aus dem Berufsstand des Schriftstellers einen privilegierten Stand von Menschen zu machen, die von sich nur behaupten, Schriftsteller zu sein, und über deren Werke wir uns allenfalls noch in den Krabbelkästen des modernen Antiquariats informieren können.

Ich bitte Sie deswegen sehr herzlich, die kritische Sonde, die wir alle an die Gesellschaft anlegen, auch an den Schriftsteller anzulegen; denn nur so können wir ihm wirklich Hilfe geben.

Dr. Schwencke (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der langen Debatte, die wir heute haben und für die ich sehr dankbar bin, ist mir erneut bewußt geworden, auf welch schwieriges Feld ich mich eingelassen habe. Indem ich nicht nur ein paar schlichte Dinge zusammengeschrieben habe, die jedem einleuchten und die jeder unterschreiben könnte, sondern das getan habe, was nicht nur der Beruf des Schriftstellers verlangt — den ich nicht als „elitär" ansehe — und was kraft parlamentarischen Amtes nach meiner Meinung als selbstverständlich vorauszusetzen ist, nämlich einen politischen Bericht zu geben, habe ich politisch-parteiisch gehandelt. Daß dieser politische Bericht nicht von einem Herrn Reddemann oder von einem Herrn Müller, sondern von mir erstattet wird, macht sicherlich einen gewissen Unterschied aus, der nicht zu überhören war.

Lassen Sie mich mit dieser Vorbemerkung noch einmal ausdrücklich den Dank verbinden, auch den Dank für kritische Worte. Ich glaube, das macht eben auch den Umgang hier miteinander aus und qualifiziert ihn, daß wir Kritik hören können, jedenfalls so lange, wie diese Kritik auch eine solide Basis hat, etwa die in dem Ihnen Vorgelegten.

Ich darf allerdings sagen, daß ich bei einigen Beiträgen den Eindruck hatte, die Redner haben einen anderen Bericht als meinen gelesen. Selbstverständ-

lich habe ich niemals, wenn ich das **Amt des Schriftstellers** als ein „politisches Amt" bezeichnete, damit den „politisierenden Schriftsteller" gemeint, der uns in unserem Handwerk dümmliche Anleitungen geben will. Diesen habe ich nicht im Blick, sondern den Schriftsteller — Herr Reddemann, ich meine, das muß auch aus der deutschen Übersetzung, die Sie haben, deutlich geworden sein —, der als politischer Einmischer mit eigenen Formen und Inhalten diesen seinen politischen Auftrag öffentlich — schreibend — wahrnimmt. Daß er das manchmal in einer Sprache tut, die wir nicht gut verstehen, die wir vielleicht nicht mögen, die vielleicht auch elitär ist oder jedenfalls so erscheint, will ich gar nicht in Zweifel ziehen.

Ich meine, daß das Wort von Brecht immer noch seine Gültigkeit hat: Nicht der blühende Apfelbaum bringt mich an den Schreibtisch, aber das Wirken des Anstreichers — damit war natürlich Hitler gemeint. Ich glaube, solches Tun ist notwendig, es ist in allein Zeiten notwendig, auch in Zeiten einer — auch in der Bundesrepublik Deutschland — gesicherten parlamentarischen Demokratie.

Ich habe sehr sorgfältig zugehört und die Schwerpunkte aufgeschrieben, die von den Kollegen hier in der Debatte gesetzt wurden. Ich will zunächst aus meiner Sicht eine zusammenfassende Auswertung vornehmen, bevor ich auf einzelnes eingehe.

Erstens. Die Mitgliedstaaten, so wurde allgemein gesagt, sollten sich selber überlegen, wie sie auf das Problem der **sozialen Sicherung** reagieren. Herr Büchner hat das gleich zur Einleitung gesagt. Ich habe dafür kein festes Modell; mehrere sind vorstellbar, und einige sind immerhin schon in Arbeit.

Zweitens. Es wurde dann nach meinem Eindruck überall deutlich gesagt, daß man etwas für die soziale Sicherheit des freiberuflichen Schriftstellers, der versicherungstechnisch nicht woanders angebunden ist, tun will. Auch da gibt es unterschiedliche Lösungen. Es mag vielleicht für einen Agrarpolitiker ein wenig unangenehm klingen, aber ich möchte es dennoch so formulieren: Das, was den Landwirten etwa nach der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland recht ist, müßte eigentlich auch den Schriftstellern billig sein; denkbar ist ein Sozialsystem, das jedenfalls bei den Landwirten auch funktioniert hat, obgleich zunächst deren Beitrag ganz minimal war bzw. zum Teil überhaupt nicht gegeben war.

Drittens. Ich habe, wie gesagt, einen politischen Bericht erstattet. Ich habe nicht auf breite Zustimmung geschielt. Ich bin dankbar, daß hier sehr viele andere Auffassungen geäußert wurden. Ich meine überhaupt, daß es einer parlamentarischen Versammlung mit diesem Stil auf diesem Niveau nicht gut ansteht, politische Kastrationen von der einen oder anderen Seite aus zu erwarten.

Viertens. Eine entscheidende Frage lautete: **Wer ist ein Schriftsteller?** Ich bin dankbar, daß ich daraufhin noch einmal angesprochen wurde. Ich will insbesondere Herrn La Combe und den anderen, die dieses Problem ansprachen, danken und den Versuch machen, eine Definition im Zusammenhang mit meinem Bericht zu geben. Die soziale Fragestellung, die mit meinem Bericht aufgeworfen ist, bedarf zunächst einer quantitativen Antwort. Hier besteht das Problem von nicht versorgten Schriftstellern, d. h. von einer in der sozialen Unsicherheit existierenden Gruppe.

Um hierauf zu reagieren, taugt nach meiner Meinung kein literarischer Qualitätsbegriff; von wem und wo auch immer er definiert wird, — er ist — fragwürdig und muß es sein.

Die Fragwürdigkeit, diesen Bereich einzugrenzen, haben Sie mit Ihrem Beispiel der in die Académie Française Nicht-Aufgenommenen selbst deutlich gemacht. Zu Lebzeiten waren Georg Grosz und Picasso, die ich eingangs heute morgen erwähnte, alles andere als Leute, die man als „echte Künstler" bezeichnete. Grosz wurde vielmehr als ein „Schmierfink" tituliert, das war damals ein gängiges Wort.

Wir haben heute mehrere Möglichkeiten, „Qualitäten" zu „messen". Wir haben in allen Ländern den PEN-Club. In ihm wird man nur Mitglied, wenn ein bestimmtes Qualitätsmerkmal vorliegt. Die Schriftsteller, die sich anfangs dieses Jahres in Berlin versammelt hatten, sind nicht von literarischen Qualitäten ausgegangen, sondern davon, daß man — ich gehe z. B. von den Bedingungen des **Deutschen Schriftstellerverbandes** (VS) aus — ein Buch publiziert haben und ein Antifaschist sein müsse, um Schriftsteller zu sein — nicht mehr und nicht weniger. Man mag das kritisieren. Fest steht aber, daß sich dort unter bestimmten Gesichtspunkten eine Gruppe von Leuten versammelt haben, die der Literatur in dieser Gesellschaft dienen. Ich meine schon — ich habe auch im Rapport darauf hingewiesen —, daß wir uns als Politiker davor hüten müssen, für eine soziale Leistung eine Definition zu schaffen, durch die wir den einen einbeziehen, den anderen herausnehmen. Dieses, so meine ich, sollte man in einer Gesellschaft, in der nahezu jedermann versichert ist, auch nicht nötig haben. Daß nicht jeder ein „Schriftsteller" ist, der etwas aufs Papier bringt, ist nicht nur für mich, sondern wohl auch für jeden anderen klar: aber um Privates geht es hier nicht!

Lassen Sie mich ganz kurz noch auf ein paar angesprochene Probleme eingehen. Ich bin Herrn Büchner für den konstruktiven Verweis auf die **Sozialcharta** sehr dankbar und besonders für die Aussage, daß man damit aufhören müsse, das Bild vom armen Poeten als Tugend a priori anzusehen. Meiner Meinung nach erkennen wir dieses auch alle. Nur müssen wir das in bestimmten Gesetzesformen realisieren.

Andrew Faulds hat aus seinem Bericht, den er uns im Januar vorlegen wird, ein Stück vorweggenommen. Ich kann nur mit ihm hoffen, daß wir nicht eine auf die neun Mitgliedsländer der EG beschränkte, sondern eine auf die Mitgliedsländer des Europarates ausgeweitete Fassung des öffentlichen

Verleihrechts bekommen und dieses sich nicht nur mit Bibliotheksabgaben, sondern auch mit den Problemen des Copyright etc. beschäftigt. Auch da wird es verschiedene Modelle geben müssen.

Ich würde sehr gerne auf die vielen Anregungen und freundlichen Ausführungen von Herrn La Combe noch eingehen, muß mir das aber im Hinblick auf die Zeit verkneifen.

Herr Aano bezweifelt — ich habe das vorhin in meiner Einleitung teilweise schon vorweg beantwortet — das Bestehen einer indirekten Zensur; jedenfalls glaubt er, daß es sie nicht in nennenswertem Ausmaß gibt. Dieses mag für Norwegen und vielleicht auch für die anderen skandinavischen Länder zutreffen, für andere Länder wie z. B. für die Bundesrepublik trifft das nicht zu. Ich bin da ganz anderer Meinung als mein Kollege Müller. Bereits die bestehende Verlagskonzentration — ich nenne nur die Stichworte Holzbrink und Springer macht deutlich, daß das Gegenteil von dem der Fall ist, was er hier vortragen zu müssen geglaubt hat.

Ich bin mit Herrn Voogd der Auffassung, daß die Situation des Buches insgesamt einer intensiven Untersuchung bedarf. Er hat uns gestern im Kultur- und Erziehungsausschuß schon einige Überlegungen dazu vorgetragen, hier weitere. Ich glaube, daß wir uns tatsächlich daran begeben müssen.

Ich komme ausdrücklich zum Beitrag des Herrn Kollegen Müller. Es ist erstaunlich, daß bei ihm Formeln wie „Dunstkreis" auftauchen und daß in der Diskussion über meinen Bericht, der der Sicherung der Freiheit des Schriftstellers gilt, Herr Müller „Grenzen" einführen will, das ist das traurige, einzige Thema, mit dem er sich hier im Blick auf die Freiheit des Schriftstellers beschäftigt hat.

Lassen Sie mich bitte eine Feststellung zur Sache **Böll** treffen. Was Herr Müller dazu ausgeführt hat, ist nicht richtig dargestellt. Ich habe zu Anfang ausdrücklich gesagt, daß ich mich vorher vergewissert habe, daß der geschilderte Sachverhalt zutrifft. Herr Böll ist in der letzten Zeit, wie auch einige andere Schriftsteller und Intellektuelle, Theologen eingeschlossen, so sehr verdächtigt worden, einem „Dunstkreis" von Terroristen anzugehören, daß er nun endlich auch die Gelegenheit haben mußte, im Bayerischen Rundfunk für ein bayerisches Publikum zu sagen, wie er dazu steht, also sich zu verteidigen. Dieses ist doch wohl sein gutes Recht und müßte eine Selbstverständlichkeit in dieser Gesellschaft sein. Dieses Recht ist ihm streitig gemacht worden. Seine Stellungnahme war nicht in eine Hausfrauensendung eingeschmuggelt, sondern es handelte sich um ein offiziell erbetenes 15minütiges Interview des Bayerischen Rundfunks, keineswegs etwa in einem Hinterstübchen entstanden. Am Morgen war es in der Zeitung angekündigt worden, daß es gesendet wird. Erst nach dieser Ankündigung hat der Bayerische Rundfunk das Interview zurückgezogen. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, wie das als Meinungsfreizeit zu beurteilen ist.

(Abg. Dr. Mende: Das ist eine politisch kontroverse Frage in Deutschland, keine Angelegenheit des Europarats! — Weiterer Zuruf des Abg. Dr. Müller).

Nachtrag zum Schlußwort des Berichterstatters:

Dr. Schwencke (SPD): Nachdem zwei Redner hier in der Versammlung noch einmal ausführlich auf dieses Thema eingegangen sind, nehme ich mir das Recht, auch darauf zu reagieren. Das ist nicht nur mein Recht, es ist meine Pflicht.

Dr. Müller [CDU/CSU]: Aber nicht lügen, Herr Schwencke, sondern bei der Wahrheit bleiben!)

— Ich glaube, Worte wie „lügen" sollten wir uns hier nicht gegenseitig an den Kopf werfen. Das ist Ihr Stil, nicht mein Stil.

Böll ist in einer Situation, in der er zu Gehör kommen muß.

(Dr. Müller [CDU/CSU]: Er kommt doch zu Gehör!)

Ich darf vielleicht den Herren von der CDU/CSU ein kurzes Zitat aus den Äußerungen Ihres eigenen Parteifreundes Hans Roser vorlesen, der bis 1976 CSU-Bundestagsabgeordneter war.

(Zuruf des Abg. Dr. Müller [CDU/CSU])

Er hat an Herrn Strauß einen offenen Brief geschickt, in dem er ihm vorwirft, eine „Vergiftung der Stimmung" zu betreiben, ein „Klima der Einschüchterung und Verketzerung (zu schaffen), das dem Frieden in unserem Lande nicht gut bekommt".

(Zuruf des Abg. Dr. Müller [CDU/CSU])

Dieses ist doch ein sehr richtiger und wichtiger Beitrag!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mich provozieren lassen und das ein bißchen deutlicher gesagt, was sonst vielleicht nicht notwendig gewesen wäre.

Ich komme nun nicht mehr dazu, mich bei allen anderen Rednern für Lob und Kritik zu bedanken.

Ich bin sehr froh, daß Peter Stoffelen deutlich gemacht hat, daß jener Aspekt, der im Bericht eine große Rolle spielt, auch mit in die Entschließung aufgenommen werden sollte.

Ich wäre glücklich, wenn Herr Cavaliere mit seinen Angaben recht haben sollte. Ich habe die Zahlen benutzt, die der Präsident des italienischen Schriftstellerverbandes bekanntgegeben hat. Ich bin aber selbstverständlich gerne bereit, diese Zahlen noch einmal zu überprüfen.

Herr Romano hat gesagt, daß man nicht daran vorbeikomme, die Machtkonzentration kritisch zu sehen. Ich glaube, darüber gibt es jedenfalls auf der Seite des Parlaments, wo ich arbeite, keinen Zweifel.

Lord Beaumont: nicht jedermann sollte publizieren. Ich halte das kapitalistische System von Angebot und Nachfrage im Prinzip auch im Bereich der

Kunst für anwendbar. Aber wir sollten dieses Prinzip kritisch weiterentwickeln und die Sicherung der Existenz des Schriftstellers damit verbinden.

Herr Reddemann wollte wohl einen Witz machen, als er mich der Nostalgie bezichtigte. Ich glaube, ich habe vorhin deutlich gesagt, was ich meinte: Grosz und Picasso habe ich nicht umsonst zitiert.

Herr McNamara, zu Ihrem sehr wichtigen Beitrag habe ich gleich zu Anfang etwas gesagt. Hier könnte ich noch einmal neu einsteigen, aber ich muß darauf verzichten.

Ich bedanke mich, Herr Präsident, daß ich noch diese Schlußsätze sagen durfte, und danke insbesondere den Kollegen, die in der Debatte gesprochen haben.

Abg. Stoffelen (Niederlande) schlägt im Änderungsantrag Nr. 1 vor, den vierten Absatz des Empfehlungsentwurfs durch folgenden Text zu ersetzen: (Die Versammlung) „stellt fest, daß Schriftsteller trotz verfassungsmäßiger Garantien der Freiheit der Meinungsäußerung noch immer abgeschreckt oder gehindert werden können, sich frei zu äußern, und daß auch die Kosten von Veröffentlichungen und andere wirtschaftliche Faktoren die **freie Meinungsäußerung** *vieler Schriftsteller behindern."*

Dr. Schwencke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich begrüße dieses Amendement sehr. Es entspricht dem, was dem Ausschuß vorgelegen hat, allerdings hier in einer so deutlichen Modifizierung, daß es nicht mißverstanden wird. Es hat meine volle Zustimmung.

Dr. Müller (CDU/CSU): Ich möchte gegen das Amendement sprechen. Ich werde es angesichts der vorgerückten Zeit kurz machen.

Wir haben uns im Kulturausschuß sehr eingehend damit beschäftigt und haben die ursprüngliche Formulierung in dem Sinne geändert, wie es jetzt die revidierte Fassung widergibt. Dies erfolgte nach einer langen Diskussion, die sehr fair, sehr offen war, wobei die Antragsteller für die Änderungen aus völlig verschiedenen politischen Lagern kamen. Ich möchte deswegen dafür plädieren, auch um die Diskussion nicht noch einmal aufzugreifen, daß man es bei dem Text beläßt, der in der letzten Sitzung des Kulturausschusses beschlossen worden ist, daß man also das Amendement des Kollegen Stoffelen zurückweist, der im Grunde genommen die vorherige Fassung des Herrn Schwencke wieder herstellen wollte.

Der Änderungsantrag des Abg. Stoffelen wird abgelehnt.

Abg. Sir Frederic Bennett fordert im Änderungsantrag Nr. 2 die Hinzufügung eines Absatzes nach Ziffer 6 des Empfehlungsentwurfs:

(Die Versammlung) „bedauert, daß die UdSSR trotz der einschlägigen Vereinbarungen der UNESCO Konferenz von 1972 in Helsinki seit kurzem durch neue Gesetzgebung den Lebensunterhalt gewisser sowjetischer Schriftsteller gefährdet, indem sie ihnen das Recht versagt, internationale Preise und Geldzahlungen ihrer Verleger im Ausland entgegenzunehmen."

Dr. Schwencke (SPD): Herr Präsident! Selbstverständlich habe ich gegen diesen Antrag nichts, ich frage mich bloß, was er soll. Nach den Ausführungen von Sir Frederic Bennett ist mir das zwar ein bißchen klarer geworden, aber er steht eigentlich in seiner Reaktion auf eine Einzelmaßnahme sozusagen im luftleeren Raum; denn wir haben das Problem grundsätzlich in § 6 behandelt. Wir haben die UNESCO-Konferenz zitiert, wir haben uns auf Korb III der Konferenz von Helsinki berufen.

Wenn man diesem Antrag folgt, müßte man zumindest auch noch aufführen: Charta 77, die Schriftsteller, die sich in der Tschechoslowakei mit einem außerordentlichen Mut und mit sehr wichtigem Hintergrund zu Wort gemeldet haben. Man müßte dann natürlich auch verurteilen, daß die DDR in ihrem Gebiet kritischen Schriftstellern die Möglichkeit nimmt, dort zu existieren, und sie hinausschmeißt wie räudige Hunde, Sarah Kirsch und andere.

Ich sehe in diesem Antrag eine wichtige Maßnahme. Aber so wichtig sie ist und sosehr ich es begrüßen würde, wenn man ihm folgte, ergäbe sich doch ein Übergewicht. Es würde nicht das gesamte Feld widergespiegelt. Ich spreche deswegen nicht dafür, auch nicht dagegen, sondern werde mich der Stimme enthalten.

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Erklärung zur Stimmabgabe:

Dr. Mende (CDU/CSU): Herr Präsident, die Stimmenthaltung einiger Kollegen ist bei aller Bejahung des Inhalts der Entschließung eine Demonstration gegen die Einbeziehung eines kontroversen innenpolitischen Vorgangs in der Bundesrepublik Deutschland in die hiesige Berichterstattung und gegen den tendenziösen Bericht.

Empfehlung 815

betr. die Meinungsfreiheit und die Rolle des Schriftstellers in Europa

Die Versammlung

1. hat den vom Ausschuß für Kultur und Erziehung vorgelegten Bericht über die Meinungsfreiheit und die Rolle des Schriftstellers in Europa zur Kenntnis genommen (Dok. 4012);
2. ist von der bedeutenden Rolle der Schriftsteller und des schriftstellerischen Berufs in der demokratischen Gesellschaft überzeugt;
3. bedauert die wirtschaftliche Lage der hauptberuflichen Schriftsteller in den Mitgliedstaaten und insbesondere die Tatsache, daß ihnen nur unzureichende Sozialversicherungsleistungen zur Verfügung stehen;
4. stellt fest, daß die Meinungsfreiheit zwar verfassungsmäßig garantiert ist, aber aufgrund der

Verlagskosten und anderer wirtschaftlicher Faktoren von vielen Schriftstellern nicht voll verwirklicht werden kann;

5. erinnert an ihre in der Vergangenheit in der Empfehlung 512 (1968), betr. die Stockholmer Konferenz über geistiges Eigentum, und in der Empfehlung 719 (1973), betr. die Meinungsfreiheit für Künstler, über die Lage der Schriftsteller zum Ausdruck gebrachte Besorgnis;

6. hat den Wunsch, die auf diesem Gebiet bestehenden internationalen Abkommen zu unterstützen und auszubauen, einschließlich des Korbes III der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der verschiedenen UNESCO-Empfehlungen, insbesondere derjenigen, die auf der Helsinki-Konferenz im Jahre 1972 angenommen worden sind;

7. verweist auf den ersten Kongreß der europäischen Schriftstellerorganisationen, der vom 11. bis 13. Februar 1977 in Berlin abgehalten wurde;

8. ist der Meinung, daß es weiterer Information über die Lage der Schriftsteller in Europa und eines breiteren Informations- und Erfahrungsaustauschs in der Öffentlichkeit bedarf;

9. ist der Auffassung, daß Veränderungen in der Kulturpolitik und in der sozialen Lage in den Mitgliedstaaten eine Überprüfung der Anwendung des Kulturabkommens und der Sozialcharta des Europarates auf die Schriftsteller erforderlich machen, und erinnert in diesem Zusammenhang an die Beschlüsse, die die für die kulturellen Belange zuständigen europäischen Minister anläßlich ihres Treffens in Oslo im Jahre 1976 gefaßt haben, wo sie die Notwendigkeit einer annehmbaren wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Grundlage für eine aktive Mitwirkung der Schriftsteller und der anderen im kulturellen Bereich tätigen Personen betonten;

10. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedstaaten zu ersuchen:

    i) diejenigen von den für kulturelle Belange zuständigen europäischen Ministern im Jahre 1976 in Oslo gefaßten Beschlüsse zu verwirklichen, die die Schriftsteller betreffen, und zwar insbesondere durch:

    a) eine bessere Nutzung der von den Künstlern erbrachten Leistungen und Werke in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, ohne jedoch die Eigenart ihres Berufes außer acht zu lassen;

    b) eine bessere und erweiterte Vergütung dieser Leistungen und Werke (z. B. Vergütung für Beteiligung an sozialen, pädagogischen und kulturellen Aktivitäten im weiten Sinne, zusätzliche Gelegenheiten, um Aufträge und Beschäftigung sicherzustellen) und Anwendung von Vertragsabschlüssen, falls die Arbeit des Künstlers gefährdet ist;

    c) eine möglichst weitgehende Angleichung der Rechte professioneller Künstler im Hinblick auf Sozialleistungen, Arbeitslosen- und Altersunterstützung an die Rechte anderer Kategorien von Arbeitnehmern unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen des künstlerischen Schaffens;

    d) steuerrechtliche Bestimmungen, die die spezifischen Merkmale der künstlerischen Herstellung berücksichtigen;

    e) die Verwirklichung und Ausweitung von Subventionssystemen und anderen Formen der Unterstützung für Künstler und insbesondere für diejenigen, die in Bereichen arbeiten, in denen ein ausreichendes sofortiges Einkommen nicht möglich ist;

    f) die Ausdehnung der Kulturpolitik auf den Schutz der Meinungsfreiheit, die Förderung von Neuerungen und die Integration der Kunst in das tägliche Leben;

    ii) die Literatur von ethnischen Minderheiten zu fördern und zu unterstützen;

11. empfiehlt ferner, daß das Ministerkomitee die Mitgliedsregierungen beim Austausch von Erfahrungen in diesem Bereich unterstützt, und zwar durch:

    i) eine Analyse des Kulturabkommens und der Sozialcharta sowie der bestehenden nationalen Gesetze, die die Schriftsteller betreffen, um eine möglichst weitgehende Harmonisierung dieser Gesetze in spezifischen Bereichen zu erreichen, und schließlich ein „Europäisches Statut für Schriftsteller" zu schaffen;

    ii) die Prüfung von Mitteln, um besondere Vereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten zu treffen, die den Autoren im Hinblick auf das Copyright und in anderen Bereichen umfassendere Rechte einräumen, als ihnen durch die bestehenden internationalen Bestimmungen gewährleistet werden, ohne daß dadurch die angestrebte Verbreitung bestimmter Werke, die in dem Land ihres Autors nicht veröffentlicht werden konnten, direkt oder indirekt beeinträchtigt wird;

    iii) regelmäßig Informationen über die Lage der Schriftsteller in den Mitgliedstaaten herauszugeben.

Tagesordnungspunkt:

Die Europäische Raumfahrtagentur
(Drucksache 4017)

Berichterstatter: Abg. Wilhelm

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst den Kollegen Wilhelm zu seinem sehr informativen

Bericht beglückwünschen, der heute morgen noch ergänzt worden ist durch eine nicht minder interessante Darstellung im Fachausschuß durch den Generaldirektor der ESA, Herrn Gibbsen.

Ich möchte im Rahmen der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit nur Einzelbemerkungen machen und gleich mit einer provokant formulierten Frage beginnen, nämlich warum sich Europa angesichts vieler Probleme — ich denke etwa an die Energieversorgung, an den Umweltschutz — überhaupt eigene Aktivitäten auf dem Gebiet der **Weltraumforschung** leistet. Ich glaube, daß wir uns diesen „Luxus" leisten, weil die Weltraumforschung eine wichtige Schlüsseltechnologie darstellt, weil uns die Weltraumforschung unter anderem hilft, zu lernen, wie schwierige komplexe Systeme gemeistert werden können. Sie gibt uns Erfahrungen im Projektmanagement, und schließlich führt sie nicht zuletzt zum praktischen Nutzen im allgemeinen industriellen Bereich auf den verschiedensten Gebieten.

Dazu sind natürlich einige Voraussetzungen nötig. Diese möchte ich einmal aus meiner Sicht zu skizzieren versuchen. Erstens meine ich, daß wir in Zukunft die **anwendungsorientierten Programme** stärker betonen müssen. Ein noch so interessantes technisches Projekt ist auf die Dauer höchstens vom wissenschaftlichen Standpunkt interessant, wenn es nicht gelingt, auch dahinter vorzustoßen über das Maß der Grundlagenforschung hinaus in ein Produkt, welches der Markt verlangt. Ich meine beispielsweise das Zielen auf einen Satelliten zum Zwecke der Erderkundung, als Fernmeldesatellit, als Wetterbeobachtungssatellit, zur Kontrolle des Luftraums und als Navigationshilfe auf dem Meer.

Deswegen sage ich noch einmal: Das noch so interessante wissenschaftliche Projekt allein kann auf die Dauer keinen Bestand haben, wenn nicht eine ganz klare Ausrichtung auf das marktfähige Produkt hin erfolgt, etwa auf den Fernmeldesatelliten, der sich dann auch verkaufen läßt.

Zweitens. Ich will natürlich nicht verkennen, daß dazu auch ein gewisses Maß an Grundlagenforschung notwendig ist. Aber ich glaube, es wäre verfehlt, den Zweck der ESA einzig und allein darin zu sehen, an interessanten Aufgaben der Grundlagenforschung zu arbeiten, eine Art Eldorado der Wissenschaft im Bereich der Weltraumforschungs- und Entwicklungsaktivitäten darzustellen, was interessierte Wissenschaftler aus aller Welt anzieht.

Unter diesen Umständen, so meine ich, wird diese Agentur, wird ganz besonders aber die dahinter stehende und davon abhängige Industrie immer nur ein Kostgänger der öffentlichen Hand bleiben und niemals für sich selbst aufkommen können.

Drittens brauchen wir in der heutigen Zeit — angesichts der amerikanischen Vormachtstellung auch in diesem Bereich — einen Einstieg in die **bemannten Programme,** und dies durch eine — wie ich gerne zugestehen will — intensive Kooperation mit den Vereinigten Staaten.

Lassen Sie mich nun einige der Probleme ansprechen, die auch heute morgen Gegenstand der Erörterungen im Ausschuß waren.

Das erste Problem ist, daß wir uns die Frage stellen müssen, ob denn im gegenwärtigen europäischen Weltraumprogramm die Prioritäten richtig gesetzt sind. Ich würde es begrüßen, auch angesichts der jüngsten Misere beim Thor-Delta-Träger, wenn man in der Zukunft — das geht ja nur mit Zustimmung der Mitgliedstaaten — eine größere Priorität auf die Entwicklung eines eigenen europäischen Trägers legte. Ich bin der Überzeugung, daß wir einen Nutzsatelliten nur dann irgendwo in der Welt verkaufen können — das ist hier wohl schon zum Ausdruck gekommen —, wenn wir gleichzeitig eine Garantie für einen Träger abgeben können. Wir können schließlich nicht an irgendeinem Punkt der Welt einen Fernmeldesatelliten verkaufen, wenn wir uns auf einen externen Träger verlassen müssen.

Die Tendenz einiger Länder zum nationalen Alleingang ist schon beklagt worden. Ich glaube, daß dies nicht der ESA anzulasten ist. Es handelt sich hier mehr um Lehrgeld, das noch gezahlt werden muß. Die Ursache dieser Schwierigkeiten ist nun einmal das noch nicht überwundene Denken in den Kategorien des „just return", also die Vorstellung, aus den Projekten mehr an Aufträgen für die Industrie zurückzuholen, als man selber an nationalen Beiträgen einzahlt. Das müssen wir überwinden, damit die ESA wirklich nach qualitativen Gesichtspunkten und nur nach qualitativen Gesichtspunkten arbeiten kann.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß noch einmal betonen: Die ESA muß sich an marktwirtschaftlichen Kriterien orientieren. Sie muß letztlich dafür sorgen, daß die Raumfahrtindustrie weder Überkapazitäten schafft noch die Marktsituation aus den Augen verliert. Nur wenn die Aktivitäten in der Weltraumforschung und -entwicklung auf das vom Markt verlangte Produkt, den Fernmeldesatelliten oder den Wettersatelliten, zielen, wird es der europäischen Industrie gelingen, zu einer tragfähigen wirtschaftlichen Basis zu kommen, die auch im internationalen Wettbewerb bestehen kann.

Entschließung 661

betr. die Europäische Raumfahrt-Agentur

Die Versammlung

. . . . .

. . . . .

15. verweist darauf, daß die Mißerfolge der europäischen Raumfahrt in der Vergangenheit auf die unkoordinierten Aktivitäten der verschiedenen Raumfahrtorganisationen zurückzuführen sind;

16. erinnert daran, daß jedes dauerhafte europäische Raumfahrtprojekt in nicht geringem Maße von der Erschließung externer Märkte für die

europäischen Raumfahrtprodukte abhängt und begrüßt die ministerielle Entschließung, in der der Wille bekräftigt wird, Europa einen Platz auf dem Absatzmarkt für Raumfahrtprodukte zu sichern;

17. stellt fest, daß die Zuständigkeit der Agentur insofern eine wesentliche Einschränkung erfahren hat, als sie außer im Falle von Abschlußvorrichtungen keine Verträge über die Entwicklung oder Lieferung von Raumfahrtsystemen für externe Märkte abschließen wird und bringt ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß die Geschäftsführer der Agentur bevollmächtigt worden sind, mit den möglichen Abnehmern von Raumfahrtsystemen in Nichtmitgliedstaaten und in internationalen Organisationen Kontakte zu knüpfen und aufrechtzuerhalten, um die wissenschaftlichen, technologischen und verwaltungstechnischen Fähigkeiten der Agentur in größerem Ausmaß besser bekanntzumachen;

18. verweist darauf, daß die Schwierigkeiten des Jet-Projektes der Europäischen Gemeinschaften unter anderem auf den Grundsatz der Einstimmigkeit zurückzuführen waren;

19. fordert den Rat der Europäischen Raumfahrt-Agentur auf:

    i) den Grundsatz der Einstimmigkeit maßvoll anzuwenden, damit er nicht als beständiger Hemmschuh für die internen und externen Aktivitäten der Agentur dient;

    ii) eine dynamische Marketing-Politik in Gang zu setzen;

    iii) die Geschäftsführer der Agentur mit Vollmachten zu betrauen ,die es der Agentur ermöglichen, die erforderliche koordinierende Rolle hinsichtlich der tatsächlichen und möglichen Abnehmer zu spielen und eine koordinierte europäische Raumfahrtpolitik im Hinblick auf die UNESCO, die Vereinten Nationen, Intelstat, die Weltorganisation für Meteorologie und des Internationalen Fernmelde-Vereins sicherzustellen;

    iv) eine enge Koordinierung zwischen der Europäischen Raumfahrt-Agentur und den Gemeinschaften für die Ausarbeitung einer allgemeinen europäischen Wissenschafts- und Technologiepolitik zu fördern, in der die Raumfahrtprogramme eine bedeutende Rolle spielen könnten;

    v) das Earthnet-Programme zu gegebener Zeit in ein obligatorisches Programm zu verwandeln, an dem alle Mitgliedstaaten ihrem Bruttosozialprodukt entsprechend teilnehmen;

    vi) das technische Know-how und die Erfahrung der Mitgliedstaaten in dem Bereich der Raumfahrt und insbesondere im Fernmeldewesen vollständig in die Programme der Agentur zu integrieren;

    vii) sich endgültig für den Beginn der Herstellung der Trägerrakete Ariane vor Ende des Jahres 1977 zu entscheiden;

    viii) unter Beachtung der wichtigsten auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen und in Übereinstimmung mit den anläßlich der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki eingegangenen gegenseitigen Verpflichtungen die Wege für eine alle Seiten zufriedenstellende Zusammenarbeit mit der UdSSR und anderen Ländern, die über Raumforschungsanlagen verfügen, zu erforschen.

Tagesordnungspunkt:

Die UN-Konferenz über Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung

(Drucksache 4020)

Berichterstatter: Abg. Van Kleef

Tagesordnungspunkt:

22. und 23. Jahresbericht der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister

(Drucksache 4033)

Berichterstatter: Abg. Dequae

Ansprache des griechischen Verkehrsministers und amtierenden Vorsitzenden der Europäischen Verkehrsministerkonferenz George Voyatzis.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Minister, ich habe drei Fragen.

Meine erste Frage geht dahin, ob der Kontakt zwischen der Verkehrsministerkonferenz und den Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung nicht noch verbessert werden könnte. Sie haben soeben in dankenswerter Weise aus der Arbeit der Konferenz berichtet, aber wir haben, so meine ich, damit noch nicht das Optimum an **Kontakt zwischen der Verkehrsministerkonferenz und** diesem Hause, **der Parlamentarischen Versammlung,** erreicht.

Ich möchte es an einem Beispiel klarmachen: Der Ausschuß dem anzugehören ich seit etlichen Jahren das besondere Vergnügen habe, der Ausschuß für Raumordnung und Kommunalpolitik, berührt mit seiner Zuständigkeit den Arbeitsbereich von vier Ministerkonferenzen. Die Raumordnungsministerkonferenz lädt die Mitglieder des Ausschusses regelmäßig zu ihren Plenarsitzungen ein und führt mit den Mitgliedern des Ausschusses ein Kolloquium, im letzten Jahr einen halben Tag lang. Beide Seiten haben, wie ich glaube, davon profitiert. Wir haben vereinbart, daß wir auch einmal mit dem Ausschuß der hohen Beamten dieser Konferenz zusammenkommen wollen. — Die Umweltminister haben uns zweimal zu ihren Tagungen eingeladen, und auch dort haben wir ein Gespräch geführt. — Die Innenministerkonferenz geht nicht so weit, lädt aber immerhin Beobachtung des Ausschusses zu ihren Sitzungen ein. — Die Verkehrsministerkonfe-

renz beschränkt sich auf eine Berichterstattung wie heute.

Meine Frage: Können wir die Kontakte zwischen der Parlamentarischen Versammlung und der Verkehrsministerkonferenz verbessern?

Die zweite Frage! Sie haben dankenswerterweise betont, Herr Minister, daß Sie großen Wert auf eine Abstimmung mit der Raumordnung legen. Meine Frage geht dahin: Haben Sie sich in Ihrer Konferenz schon einmal mit dem Prinzip der **Entwicklungsachsen** beschäftigt, deren Grundlage je eine Verkehrs-Infrastruktur ist? Das Modell der Entwicklungsachsen wird, wenn ich es recht sehe, gegenwärtig in der Raumordnung aller unserer Länder praktiziert.

Meine dritte Frage geht dahin, ob Sie, Herr Minister, die Möglichkeit sehen, in den Grenzgebieten mehr als bisher zu **zweisprachigen Fahrtrichtungsschildern** zu kommen. Ich möchte das an einem Beispiel klarmachen. Wenn Sie von Belgien nach Deutschland fahren, dann sehen Sie dort eine Reihe von Schildern, die die Fahrtrichtung nach „Aix-la-Chapelle" weisen. Das ist der korrekte französische Name für Aachen. Diejenigen aber, die nicht französisch sprechen — und das gilt zumindest für einen Teil der Deutschen! — kommen in Schwierigkeiten, wenn sie aus Belgien in Richtung Aachen fahren. Umgekehrt hat man die Schilder jetzt auf deutscher Seite geändert, allerdings erst nachdem dort ein schwerer Unfall die Notwendigkeit einer solchen Änderung vor Augen geführt hatte. Auf deutscher Seite war die Fahrtrichtung nach Liège nur in deutscher Sprache, also mit „Lüttich" angezeigt. Nachdem sich ein Autofahrer, der nach Liège wollte, auf der Autobahn nicht mehr zurecht fand, wendete er und verursachte dabei einen verheerenden Unfall. Daraufhin hat man auf deutscher Seite den Hinweis in „Lüttich — Liège" geändert, wobei ich mir klar bin, daß das auch noch nicht ganz korrekt ist, denn es gibt auch einen flämischen Namen für Lüttich.

Meine Frage geht also dahin: Ist es nicht notwendig und ist es nicht mit geringem Aufwand möglich, solche Schwierigkeiten für die Verkehrsteilnehmer in Europa zu vermeiden?

Verkehrsminister Voyatzis dankt für die Fragen und verspricht, daß sie sorgfältig beraten würden. Die Verkehrsministerkonferenz befasse sich eingehend mit den Verkehrsadern Europas.

Lemmrich (CDU/CSU): Herr Präsident! Einer der Schwerpunkte des Berichts der Europäischen Verkehrsministerkonferenz, den auch der Vorsitzende der Konferenz hier noch einmal unterstrichen hat, ist die **Situation der Eisenbahnen.** Sie können aber nicht separiert gesehen werden, vielmehr sind sie hinsichtlich ihrer Situation wie hinsichtlich der Notwendigkeit, Lösungen zu finden, in die allgemeine Verkehrspolitik eingebettet. Die großen finanziellen Auswirkungen der Situation der Eisenbahnen auf die Staatshaushalte machen sie zu einem Problem allerersten Ranges.

Wesentliche Probleme der Verkehrspolitik lassen sich nicht mehr im nationalen Rahmen lösen. Auch die Verflechtungen durch die Europäische Gemeinschaft haben zusätzliche gegenseitige Abhängigkeiten geschaffen.

Zentrales Problem nationaler und europäischer Verkehrspolitik sind die **Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Verkehrsträgern** Straßenverkehr, Eisenbahn- und Binnenschiffahrt sowohl im nationalen wie im europäischen Rahmen. Ich darf hier einige Beispiele aufführen:

Die einen Staaten belasten den Straßengüterverkehr mit hohen Abgaben wie Kraftfahrzeugsteuer und Mineralölsteuer, damit er einen möglichst hohen Anteil zu seinen Wegekosten leistet. Andere Staaten wiederum subventionieren den Straßengüterverkehr, indem sie den Treibstoff für Lastkraftwagen wesentlich niedriger besteuern als den Treibstoff für das erdrückende Gros der Personenkraftwagen. Für die Kraftfahrzeugsteuer gilt ähnliches. Die Folgen zeigen sich beim grenzüberschreitenden Verkehr. Deutlich wird dies bei den Fakten, die z. B. mein Land, die Bundesrepublik Deutschland betreffen. Während z. B. der Anteil deutscher Lastkraftwagen am grenzüberschreitenden Verkehr 1955 noch 69 % ausmachte, beträgt er jetzt noch ganze 38 %. 1960 war der Anteil an der gesamten Verkehrsleistung meines Landes mit ausländischen Lastkraftwagen 1 %, heute sind es 7,8 %. Das ist mehr, als in der Bundesrepublik Deutschland in Rohrleitungen befördert wird.

Ein anderer eklatanter Fall von Wettbewerbsverzerrungen besteht zwischen den Eisenbahnen und der Binnenschiffahrt. Die Eisenbahnen müssen selbst voll für ihren Fahrweg aufkommen, bei den Wasserstraßen hingegen trägt weitgehend der Steuerzahler die finanziellen Lasten. Jeder Verkehrsträger sollte aber selbst für die Kosten seines Fahrweges aufkommen.

Solange es nicht zu einer weitgehenden Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Verkehrsträgern im nationalen und im europäischen Bereich kommt, ist eine volkswirtschaftlich sinnvolle Aufgabenteilung zwischen Straßenverkehr, Eisenbahn und Binnenschiffahrt kaum möglich. Solange die gravierenden europäischen Wettbewerbsverzerrungen nicht abgebaut werden, kann es für mein Land, die Bundesrepublik Deutschland, keine weitere Liberalisierung in der Verkehrspolitik geben. Ich fordere daher die europäischen Verkehrsminister auf, sich gemeinsam mit der Europäischen Gemeinschaft intensiver als bisher um die Lösung dieser schwierigen Probleme der Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen zu bemühen.

Die Lösung dieses Problems ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Eisenbahnen, die sich in beinahe allen Ländern Europas in einer bedrängten Lage befinden. Die Klärung der finanziellen Beziehungen zwischen der Eisenbahn und dem Staat, auf die die Verkehrsministerkonferenz und unser Berichterstatter in ihren Berichten eingehen, ist nicht nur für die Staatsfinanzen, sondern auch für die Verkehrspolitik von großer Bedeutung. Gemeinwirtschaftliche Leistungen, zu denen politische In-

stanzen die Eisenbahnen verpflichten, müssen auch von den politischen Instanzen bezahlt werden. Die Harmonisierung der Rechnungslegung der verschiedenen Eisenbahnen kann ein wichtiger Schritt zur Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen und der Lösung der Wegekostenfrage sein. Doch sollte man eben dabei nicht stehenbleiben, sondern die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im europäischen Bereich endlich tatkräftig anfassen. Die schwierige Lage der Eisenbahnen erfordert dies, und wir müssen sie aus dieser Lage herausführen. Wenn wir uns die Entwicklung der Energieszene vor Augen führen, wissen wir, wie wichtig die Lösung dieses Problems ist.

Das Votum des Ausschusses für Regionale Planung und Kommunalpolitik möchte ich unterstreichen. Die raumpolitischen Überlegungen sollten stärker als bisher in die Arbeit der Verkehrsministerkonferrenz Eingang finden. Die Raumordnungsaspekte sind eine wichtige Komponente der Verkehrspolitik, die ja nicht um ihrer selbst willen da ist, sondern um der Menschen willen. Ohne die Hauptverantwortung der Europäischen Verkehrsministerkonferenz in Zweifel ziehen zu wollen, wäre es aber zweckmäßig, wenn es zu einer engeren Zusammenarbeit mit den für die Raumordnung verantwortlichen Ministern kommen würde.

Zum Abschluß meiner Ausführungen möchte ich nicht versäumen, den beiden Berichterstattern, dem Herrn Kollegen Dequae und dem Herrn Kollegen Blenk, für ihre Berichte zu danken.

Entschließung 663

betr. Antwort auf den 22. und 23. Jahresbericht der Europäischen Verkehrsminister-Konferenz (ECMT)

Die Versammlung

1. nimmt Kenntnis von dem 22. und 23. Jahresbericht der Europäischen Verkehrsminister-Konferenz (ECMT) (Dokumente 3940 und 3999) und von den Berichten des Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung (Dokument 4033) und des Ausschusses für Raumordnung und Kommunalpolitik (Dokument 4029);
2. ist sich bewußt, daß viele soziale Probleme und Fragen im Hinblick auf die Energieversorgung, den Umweltschutz, die Raumordnung und die Lebensqualität mit der Entwicklung angemessener und effizienter Verkehrsmittel in Zusammenhang stehen;
3. vertritt die Ansicht, daß die Harmonisierung der nationalen Verkehrspolitiken auf europäischer Ebene und insbesondere eine organisierte Zusammenarbeit unter den Mitgliedsländern im Hinblick auf Investitionen im Bereich der Infrastruktur für ausgewogenes und dynamisches Wirtschaftswachstum und regionale Entwicklung von wesentlicher Bedeutung sind;
4. betont die besondere Rolle der ECMT, die es den Verkehrsministern ermöglicht, diese Probleme innerhalb eines Rahmens in Angriff zu nehmen, der alle Länder Westeuropas umfaßt;
5. begrüßt die Tatsache, daß Finnland im Dezember 1976 das 19. Mitgliedsland der ECMT geworden ist;
6. begrüßt, daß die ECMT in den letzten Jahren trotz der ungünstigen Konjunkturlage die internationalen Untersuchungen fortgeführt hat, die Lösungen hervorgebracht und die ministerielle Entscheidungsbildung über solch schwierige Verkehrsprobleme erleichtert haben, wie die Strukturierung der finanziellen Unterstützung der Eisenbahnen, die Förderung des internationalen Handels durch möglichst rationelle Anwendung verschiedener Verkehrsarten, die Schaffung eines ständigen multilateralen Quotensystems für den Straßengüterverkehr, die schrittweise Errichtung bedeutender Verkehrsachsen in Europa, die Verbesserung der Straßensicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Eisenbahnen;
7. unterstreicht die Notwendigkeit, dem öffentlichen Verkehr innerhalb der großen und mittleren Städte sowie in deren Vororten eine Vorrangstellung einzuräumen;
8. betont, daß die Regierungen ihre Anstrengungen verstärken müssen, um auf dem Verkehrssektor umfangreiche Energieeinsparungen zu verwirklichen und dadurch die energiebedingten Kostensteigerungen zu dämpfen;
9. vermerkt mit Genugtuung die ersten Schritte in Richtung auf eine enge Zusammenarbeit zwischen der ECMT und der Europäischen Konferenz der für Raumordnung zuständigen Minister (CEMAT), die für die Realisierung der gemeinsamen Ziele unerläßlich ist, und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß diese Zusammenarbeit künftig verstärkt wird;
10. bringt eindringlich ihren Wunsch zum Ausdruck, daß diese beiden Konferenzen Mittel und Wege für einen Dialog auf ministerieller Ebene finden, und verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß die Tagesordnung der 4. CEMAT-Konferenz, die 1978 in Wien stattfinden soll, Themen vorsieht, die für solch einen Dialog besonders geeignet sind, und bringt ebenfalls den Wunsch zum Ausdruck, an einigen derzeitigen oder künftigen gemeinsamen fachspezifischen Arbeiten der beiden Konferenzen auf ministerieller Ebene mitzuwirken, und zwar insbesondere durch die Beteiligung ihrer Berichterstatter, die mit denselben Aktivitäten befaßt sind;
11. bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß der Verkehrsunterricht an Schulen spätestens 1979 Gegenstand einer 3. gemeinsamen Konferenz des Europarates und der ECMT sein sollte, um diejenigen Maßnahmen, die im Sinne der 1963 in Paris und 1971 in Wien gebilligten Richtlinien getroffen worden sind, im Lichte der neuen Gefahren fortzuführen, die sich aus der zunehmenden Fahrzeugdichte ergeben;

12. bedauert, daß die von der ECMT empfohlenen Maßnahmen zur Einführung der automatischen Kupplung bei den für den internationalen Güterverkehr genutzten Eisenbahnwaggons noch nicht eingeleitet worden sind, und dringt darauf, daß in allen Mitgliedsländern unverzüglich entsprechende Entscheidungen getroffen werden;
13. ersucht die ECMT nachdrücklich, ihre Untersuchungen fortzuführen, um schließlich eine Lösung für diejenigen Probleme zu finden, die im Zusammenhang mit dem Schienen-Straßenverkehr, dem städtischen Personen- und Güterverkehr, dem Eilgutverkehr zwischen Stadtzentren und der Vereinfachung der Verwaltungsverfahren beim grenzüberschreitenden Verkehr bestehen;
14. verweist auf ihre seit langer Zeit bestehende Besorgnis über die Anzahl der Unfälle im Straßenverkehr und begrüßt die deutlichen Anzeichen einer Verbesserung, die auf die Vereinbarungen zurückzuführen ist, die die Verkehrsminister gemeinsam getroffen haben, um einige entscheidende Faktoren bei der Entstehung von Straßenunfällen und bei der Bestimmung der Unfallschwere zu bekämpfen.
15. unterstützt die von der ECMT verabschiedete Entschließung, die es zur Vorschrift machen soll, daß die Personen auf den Vordersitzen von Kraftfahrzeugen außerhalb der Stadtgebiete Sicherheitsgurte anlegen und daß Kinder unter 12 Jahren auf den hinteren Plätzen sitzen;
16. verleiht in diesem Zusammenhang der ECMT-Studie Vorrang, die Maßnahmen zur Reduzierung der Nachtunfälle untersucht, deren Anteil an der Gesamtzahl der Straßenunfälle in den letzten Jahren im allgemeinen zugenommen hat und deren Folgen besonders schwerwiegend sind;
17. fordert alle ECMT-Mitgliedsländer auf, sofern sie dies noch nicht getan haben:
    - die Wiener Konvention über Verkehrszeichen und Signale von 1968
    - das Abkommen über die internationalen Hauptverkehrsstrecken von 1975

    zu ratifizieren oder diesen beiden Vertragswerken beizutreten;
18. bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß die ECMT sie zu gegebener Zeit über die Maßnahmen unterrichtet, die sie aufgrund der Vorschläge ergreift, die in der vorliegenden Entschließung dargelegt und in den in Absatz 1 erwähnten Berichten der Versammlung aufgeführt werden;
19. beauftragt ihren Präsidenten, diese Entschließung zusammen mit den von ihren beiden Ausschüssen unterbreiteten Begründungen (Dokument 4033 und 4029) den Präsidenten und Sprechern der Parlamente der Mitgliedsstaaten mit der Bitte zu übermitteln, sie an die zuständigen Parlamentsausschüsse zur Untersuchung weiterzuleiten und diese gleichzeitig aufzufordern, die Arbeiten der ECMT uneingeschränkt zu unterstützen;
20. beauftragt ihren Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit, in den nationalen Parlamenten auf besondere Maßnahmen hinzuwirken, um das Ratifizierungsverfahren für die beiden in Absatz 17 erwähnten Konventionen zu beschleunigen.

Freitag, 7. Oktober 1977

Tagesordnungspunkt:

Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen

(Drucksache 4027)

Berichterstatter: Abg. Péridier

Tagesordnungspunkt:

Einige Aspekte des Asylrechts

(Drucksache 4021)

Berichterstatter: Abg. Blenk

Tagesordnungspunkt:

20. Tätigkeitsbericht des intergouvernementalen Ausschusses für europäische Wanderbewegungen

(Drucksache 4015 und 3946)

Berichterstatter: Abg. Gradin

Ansprache des Direktors des intergouvernementalen Ausschusses für europäische Wanderbewegungen John Thomas.

Dr. Enders (SPD): Herr Präsident! Ich danke Herrn Thomas für die umfassende Darstellung des Flüchtlingswesens in der Welt und für die Arbeit, die seine Organisation geleistet hat. Dennoch möchte ich ihm noch zwei präzise Fragen stellen.

Herr Thomas selber hat den Korb III der KSZE-Verhandlungen erwähnt. Ich frage Sie: Können in den beiden Jahren seit den Verhandlungen von Ihnen positive Zahlen genannt werden? Ist die **Familienzusammenführung seit Helsinki** günstiger verlaufen? Und welche Absichten haben Sie zum Ausbau der Familienzusammenführung mit Partnern aus osteuropäischen Ländern?

Die zweite Frage betrifft Südamerika: Wie präsentiert sich das **Flüchtlingswesen in Argentinien und in Chile?** Welche Perspektiven gibt es da? Und was gedenken Sie in der kommenden Zeit dort zu tun?

Herr Thomas, Direktor des intergouvernementalen Ausschusses für europäische Wanderbewegungen, antwortet, zahlenmäßig sei seit der Akte von Helsinki kein nennenswerter Anstieg der Familienzusammenführungen insbesondere aus osteuropäischen Ländern zu verzeichnen. Im Jahre 1977 seien bisher 103 Personen zu ihren Angehörigen geführt worden. Die unerledigten Fälle beträfen weitere 500 Personen. — Was Chile und Argentinien anlange, so werde zunehmend eine neue Bereitschaft deutlich, Auswanderung und Erlaubnis der Familienzusammenführung als alternative Maßnahmen zu Tod, Tortur und langen Freiheitsstrafen anzusehen.

Tagesordnungspunkt:

Auswirkungen demographischer Veränderungen auf die Sozial- und Migrationspolitik

(Drucksache 4016)

Berichterstatter: Abg. Jessel

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte dem Kollegen Jessel recht herzlich danken für diesen Bericht, weil ich der Meinung bin, daß die Probleme, die in diesem Bericht dargestellt werden, zu den bedeutenden Problemen gehören, mit denen wir uns in den nächsten Jahren wohl beschäftigen müssen.

Ich bin auch nicht der Meinung — vielleicht etwas einschränkend zu meinem Vorredner —, daß wir die Dinge nur beobachten müssen, sondern ich glaube, daß bereits ein Punkt erreicht wurde, bei dem es nicht nur genügt, die Entwicklung zu beobachten, sondern bei dem konkrete Taten vorzusehen sind.

Die Frage der Bevölkerungsentwicklung ist von ungeheurer Bedeutung für ein Land oder auch für die Länder Westeuropas, ganz gleich, ob wir es mit einer starken Zunahme, mit einer Stagnation oder einer Abnahme zu tun haben.

Das Bedeutende an dieser **Bevölkerungsentwicklung** ist ja, daß sie nicht durch irgendwelche Beschlüsse aufgehoben werden kann, sondern daß die Auswirkungen sehr langfristig sind. Ich möchte das an einem Beispiel aufzeigen. Geburtenschwache Jahrgänge heute bedeuten mit fast absoluter Wahrscheinlichkeit auch geburtenschwache Jahrgänge in 23, 25, 28 Jahren, weil dann diejenigen, die heute geboren werden, selbst in das Heiratsalter eintreten, in dem die Frauen Kinder bekommen. Wenn es wenig Frauen in den Jahrgängen gibt, die Kinder zur Welt bringen, dann wird auch in 25 Jahren — um einmal eine Zahl zu nennen — die Geburtenrate ebenfalls gering sein. Das heißt, die Folgewirkungen bestimmter Erscheinungen heute lassen sich in die Zeit von 20 oder 25 Jahren projizieren.

Mein Land, die Bundesrepublik, gehört zu den Ländern, in denen die Geburtenrate am stärksten zurückgegangen ist. Die Bundesrepublik liegt heute absolut am Ende — interessanterweise zusammen mit der DDR; man kann sehen, daß politische Unterschiede im System hier offensichtlich keinerlei Einfluß haben, sondern daß vielleicht andere Einflüsse hier maßgebend sind.

In meinem Lande gibt es bereits wesentlich mehr Sterbefälle im Jahr als Geburten. Daß die Bevölkerungsbilanz in meinem Lande ausgeglichen ist, hängt mit Wanderungsbewegungen zusammen, mit der Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik. Das hängt auch damit zusammen, daß zum Beispiel in einzelnen großen Städten der Bundesrepublik der Anteil der dort geborenen Ausländerkinder fast schon so hoch ist wie der Anteil der Kinder aus der eigenen Bevölkerung, obwohl der Ausländeranteil nur 15 oder 20 % ausmacht.

Die Alterspyramide in diesem Lande verschiebt sich also ganz erheblich. Die Folgen, die dadurch für die nächsten Jahre auftreten, sind von der Explosivkraft einer Zeitzünderbombe. Die Politiker in meinem eigenen Lande kommen erst allmählich dazu, die Gefahr dieser Zeitzünderbombe zu sehen. Denn die Verschiebung der Alterspyramide bedeutet — das haben Berechnungen ergeben —, daß man das System der sozialen Sicherheit, der Alterssicherung in unserem Lande, das man geschaffen hat und das sehr vorbildlich und sehr weit entwikkelt ist, ohne einschneidende Änderungen nicht wird aufrechterhalten können, weil der Anteil derjenigen, die durch ihre Beiträge zur Deckung der Alterssicherung beitragen, immer geringer wird, während der Anteil derjenigen, die Empfänger von Pensionen oder Ruhestandsbezügen sind, immer größer wird.

Wir haben auch noch andere Probleme, die hier auftauchen. Ein Beispiel: Wir haben bis zum Jahre 1963/64 verhältnismäßig geburtenstarke Jahrgänge gehabt. Das sind jene Kinder, die heute zum Teil an höheren Schulen sind und auf die Universitäten drängen. Wir haben in den letzten Jahren das Bildungswesen sehr stark ausgebaut. Wir haben eine Fülle von jungen Lehrern, von jungen Studienräten, von jungen Professoren angestellt, und wir werden in den nächsten Jahren erleben, daß eine Fülle neuer Lehrer, Studienräte, Professoren von den Universitäten kommen. Sie werden eine Situation vorfinden, in der keine Schüler, keine Kinder und keine Studenten mehr vorhanden sind.

Die Berechnungen des Kultusministers in meinem Lande, in Bayern, in einem Teil der Bundesrepublik, haben ergeben, daß man schon in fünf Jahren zum Beispiel für bestimmte Fächer bei einer Bevölkerung von 10 Millionen noch ganze zehn freie Planstellen haben wird, um damit für das ganze Land für ein bestimmtes Fach noch zehn Studienräte einstellen zu können. Das heißt, Tausende arbeitsloser Studienräte zu haben.

Es kommt weiter dazu, daß die Zahl der Schulen immer kleiner wird, weil die Stärke der Geburtenjahrgänge abnimmt. Die Schüler müssen zusammengelegt werden, d. h. sie müssen über kilometerlange

Entfernungen — im ländlichen Raum über 15, 20 Kilometer — mit Bussen transportiert werden, um überhaupt noch in einer Schule vernünftig betreut werden zu können.

Sie sehen, daß hier ganz erhebliche Eingriffe in den gesellschaftlichen Status eines Landes durch eine Verschiebung der Geburtenzahlen sich ergeben.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auch die Wirtschaft ist davon betroffen. Man redet heute so viel über die Wachstumspolitik und sagt, Wachstum sei heute für eine moderne Volkswirtschaft notwendig. Wenn pro Jahrgang eine Million Konsumenten langfristig fehlen, wird sich das natürlich auch auf die Produktion und den Konsum auswirken. Ich darf es an einem ganz primitiven Beispiel aufzeigen. Die Spielwarenindustrie in meinem Lande ist schon davon betroffen. Sie hat eine neue Marktlücke entdeckt: Sie produziert jetzt Spiele für Erwachsene, nicht mehr Spiele für Kinder, weil der Bedarf bezüglich der Kinder bereits gedeckt ist bzw. die Produktion höher ist als der Bedarf.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig. Es gibt sicher keinen Zweifel daran, daß selbst innere Wanderungsbewegungen in einem Land hier eine Rolle gespielt haben. Z. B. hat die Abwanderung aus dem flachen Land in die großen Ballungszentren in meinem Land sicher dazu beigetragen, daß die Geburtenzahlen rückläufig sind. Das kann man sehr schön an den Statistiken über die Geburten in Großstädten und Geburten auf dem flachen Lande sehen.

Es gibt auch andere Ursachen. Sicher haben die Erleichterung der Abtreibung und bestimmte Entwicklungen der Pharmakologie — die Einführung der Pille usw. – dazu beigetragen, daß die Geburtenzahlen rückläufig sind.

Ich glaube aber, entscheidend ist die Einstellung der Menschen, gerade derjenigen Frauen, die im gebärfähigen Alter sind, zum Kind. Diese Einstellung hat sich leider negativ entwickelt. Der Wohlstand, das Bestreben, ein Auto zu haben, eine große Urlaubsreise zu machen, haben viel dazu beigetragen, daß die Geburtenzahlen rückläufig sind.

Meine Redezeit geht zu Ende. Lassen Sie mich daher mit einer kurzen Bemerkung schließen. Nach meiner Meinung müssen wir in einer ganzen Reihe von Ländern, nicht nur in meinem Land, der Bundesrepublik, Maßnahmen ergreifen, um dieses Ungleichgewicht auszugleichen. Es müssen Maßnahmen in der Sozialpolitik, der Steuerpolitik, vor allem der Wohnungsbaupolitik — es gibt kaum Wohnungen, die für kinderreiche Familien erschwinglich sind — und auch in anderen Bereichen, z. B. in Richtung auf Teilzeitarbeit, ergriffen werden.

Das Entscheidende muß aber sein, über diese flankierenden Maßnahmen hinaus wieder eine gesunde und vernünftige Einstellung zur Familie und zum Kind zu bekommen, damit eine gleichgewichtige — nicht eine einseitige — Entwicklung in den Ländern ermöglicht wird.

Tagesordnungspunkt:

Die Lage der Geisteskranken
(Drucksache 4014)

Berichterstatter: Abg. Voogd und Tabone

Sonnabend, 8. Oktober 1977

Tagesordnungspunkt:

Die Lage der Geisteskranken
(Fortsetzung der Aussprache)

Tagesordnungspunkt:

Systeme zur Verhinderung von Zusammenstößen im Luftverkehr
(Drucksache 4028)

Berichterstatter: Abg. Treu

Montag, 10. Oktober 1977

Tagesordnungspunkt:

Die Tätigkeit der OECD im Jahre 1976
(Drucksache 3996 und 4031)

Berichterstatter: Abg. Boulloche

Ansprache des Generalsekretärs der OECD Van Lennep.

Dr. Holtz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und und Herren! Eine Geißel geht in den westlichen Industriestaaten um: Arbeitslosigkeit verbunden mit hoher Inflation. Hierauf hat der Berichterstatter, Herr Boulloche, und haben auch Sie, Herr van Lennep, hingewiesen. Ich glaube, dies bedeutet nicht nur eine Herausforderung, sondern eine Anklage an die OECD und an unser parlamentarisches demokratisches System.

Herr Boulloche hat in seinem kreativen Bericht auf strukturelle Ursachen verwiesen, etwa auf die Einkommens- und Vermögensunterschiede, auf die Monopolisierung oder Oligopolisierung der Märkte, auf die mangelhafte Steuerung der Wirtschaftstätigkeit. Wäre es nicht an der Zeit, seitens der **OECD** ein **Aktionsprogramm zur Bekämpfung dieser strukturellen Ursachen** zu entwerfen?

Zweite Frage: Es wird gesagt, ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bestehe darin, die Gesamtnachfrage zu erhöhen. Ich glaube, daß die Gesamtnachfrage stimuliert werden kann, wenn man sich dem großen potentiellen Markt zuwendet, der sich in vielen Ländern der Dritten Welt noch

darbietet. Dort kann die Kaufkraft durch die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts erhöht werden. Aber was machen die OECD-Länder? Sie verstärken nicht die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, sondern wenn man die letzten zehn Jahre betrachtet, dann muß man sagen, daß der Umfang der Leistungen real zurückgegangen ist. Ist es da nicht an der Zeit, daß die OECD endlich ein **umfassendes Aufbauprogramm** — entsprechend den Anstrengungen der Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen des Marshall-Planes — in Angriff nimmt?

Drittens: Man diskutiert eine neue internationale Wirtschaftsordnung. Sie, Herr van Lennep, sprachen von der wachsenden Interdependenz der verschiedenen Staaten der Welt mit unterschiedlichsten Systemen. Wäre es da nicht an der Zeit, daß die Industrieländer — besonders einige — in dieser Diskussion nicht immer nur als Falken, als hardliners auftreten, sondern einen wirklichen Schritt in Richtung auf eine **Reform der internationalen Wirtschaftsordnung** unternehmen?

Generalsekretär van Lennep antwortet, die Aktionen zur Bekämpfung der Inflation seien größtenteils Sache der einzelnen Länder. — Die Entwicklungshilfe habe in einigen Ländern zu beachtlichem wirtschaftlichen Wachstum geführt. Jetzt orientiere sich die Entwicklungshilfe stärker auf die Sicherung menschlicher Grundbedürfnisse und auf humanitäre Ziele hin. — Schließlich habe man in den letzten Jahren bereits erkannt, daß es im Verhältnis zu den Entwicklungsländern nicht nur um Konfrontation, Verhandlungen und Zugeständnisse bzw. Verweigerung gehe, sondern daß es darauf ankomme, angesichts der weltweiten Interdependenz die gemeinsamen Interessen ins Auge zu fassen.

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident! In der Rede des Generalsekretärs wie in den meisten OECD-Publikationen finden wir den Vorwurf, daß die Lokomotiv-Länder keine ausreichenden Impulse für das wirtschaftliche Wachstum gegeben hätten. Es fehlen jedoch die Hinweise, daß in den jeweiligen Ländern solch eine zusätzliche **Staatsverschuldung** oft mit erheblichen innenpolitischen und verteilungspolitischen Problemen behaftet ist und daß — ich kann das für mein Land sagen — solche Staatsverschuldung für die Regierungen in den innenpolitischen Auseinandersetzungen einen erheblichen Kritikpunkt darstellt.

Es fehlt auch der Hinweis, Herr Generalsekretär, daß rund 3 bis 4 % des **wirtschaftlichen Wachstums** ohne jeglichen Beschäftigungseffekt sind, weil solche wirtschaftlichen Wachstumsraten allein dadurch aufgefressen werden, daß technischer Fortschritt realisiert wird oder Rationalisierungsreserven genutzt werden. Dies führt mich dazu, daß ich, wie mein norwegischer Kollege Herr Aano, hier argumentiert hat, an die OECD die Bitte richte, daß in stärkerem Maße darauf aufmerksam gemacht wird, daß es mit rein quantitativem Wachstum nicht getan ist, daß wir mehr ökologische Kriterien brauchen, welche Art von Wachstum wir eigentlich wollen, nachdem wir wissen daß die Ressourcen insbesondere im Energiebereich limitiert sind und daß wir uns in stärkerem Maße ökologisch orientieren müssen. Wir haben dies heute mit den japanischen Kollegen durchgesprochen. Ich halte es für wichtig, daß die OECD hierauf stärker abhebt und daß die OECD auch zur Versachlichung der Diskussion über die Frage des qualitativen wirtschaftlichen Wachstums einen Beitrag leistet. Seit Jahren brütet die OECD über der Festlegung von Indikatoren für qualitatives Wachstum, wir haben aber überhaupt noch nichts politisch Verwertbares von ihnen bekommen, das dazu beitragen könnte, die ideologische Komponente aus der Diskussion des qualitativen Wachstums herauszunehmen. Mich würde interessieren, Herr Generalsekretär van Lennep, inwieweit hier in absehbarer Zeit neue Ergebnisse, die uns Politikern in der jetzigen Diskussion helfen, einen sinnvollen Beitrag zu leisten, zur Verfügung stehen werden. Wann kommen diese Ergebnisse?

Generalsekretär van Lennep erwidert, die Staatsverschuldung werde zwar zu Recht als ein ernstes Problem angesehen. Doch bis heute habe sich erstens die Befürchtung als unbegründet erwiesen, die Anleihen des öffentlichen Sektors würden den privaten Sektor von den Kapitalmärkten verdrängen. Zweitens hätten die meisten Regierungen im Bestreben, die Haushaltsdefizite wieder zu verkleinern, die Zeitdauer unterschätzt, die zur Erholung nach der Rezession notwendig sei. So seien die über die Haushalte ausgeübten Impulse zur Stimulierung der allgemeinen Nachfrage in einigen Ländern, darunter der Bundesrepublik Deutschland, bereits wieder abgebremst worden, als es zum mindesten noch notwendig gewesen wäre, ein neutrales Verhalten zu zeigen. — Hinsichtlich der Erarbeitung der gewünschten Indikatoren seien die Untersuchungen soweit fortgeschritten, daß er hoffe, bis zur nächsten Aussprache über erste Resultate berichten zu können.

Schmidhuber (CDU/CSU): Herr Präsident! Wir stimmen alle in der Besorgnis über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage überein. Der konjunkturelle Erholungsprozeß hat sich in den meisten OECD-Staaten verlangsamt. Es ist bisher nicht gelungen, die hohe Arbeitslosigkeit abzubauen. Die Verminderung der Arbeitslosigkeit ist heute zum dringlichsten wirtschaftspolitischen Anliegen geworden.

In einer solchen angespannten Situation wird es zunehmend schwieriger, einen Kurs ökonomischer Rationalität beizubehalten, weil falsche Propheten auftreten, die Wundermittel anpreisen, alte Vorurteile reaktivieren und pseudomoralische Forderungen erheben.

Der verehrte Kollege Boulloche ist in seinem Bericht gegen die wirtschaftspolitische Orthodoxie zu Felde gezogen, unter der er offenbar eine **marktwirtschaftliche Ordnung** versteht, also Wirtschaftssysteme, in denen die private Initiative die wichtigste Triebfeder wirtschaftlicher Aktivitäten ist. Da-

bei übersieht er offenbar oder will nicht einsehen, daß diese Wirtschaftsform den Massenwohlstand in den Industrieländern erst hervorgebracht hat und wie keine andere Wirtschaftsform in der Lage ist, die vor uns liegenden Probleme zu meistern, nämlich den Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und die Entschärfung des Nord-Süd-Konflikts durch gesteigerten Ressourcentransfer.

Wenn heute Klage darüber geführt wird, daß die Flexibilität marktwirtschaftlicher Systeme zurückgegangen ist — und die hohe Arbeitslosenquote ist ein Indiz dafür —, dann muß auch die Frage gestellt werden, ob dieses Defizit an Flexibilität nicht durch unkoordinierte staatliche Interventionen hervorgerufen worden ist. Dieses Problem sollte man dann im Auge behalten, wenn weitere Interventionen und Restriktionen des privaten Sektors der Wirtschaft verlangt werden.

Wir sollten die bittere Lektion der Vergangenheit nicht vergessen, nämlich daß man mit einem Mehr an Inflation nicht ein dauerhaftes Mehr an Beschäftigung erkaufen kann. Im Gegenteil, ein Mehr an Inflation führt auf lange Sicht zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Deshalb bedauere ich, daß die Ausführungen des Berichts über die sogenannten strukturellen Ursachen der Inflation von diesem grundlegenden Wirkungszusammenhang ablenken.

Mein Kollege Grant hat bereits darauf hingewiesen, daß ungleiche Einkommensverteilungen als **Inflationsursache** zumindest **in den OECD-Staaten** ausscheiden. Es mag sein, daß es solche strukturellen Ursachen der Inflation gibt wie etwa die Starrheit des Preismechanismus, die dazu führt, daß mögliche Preissenkungen entweder überhaupt nicht oder verspätet an den Verbraucher weitergegeben werden. Aber sie sind gegenüber den monetären Ursachen, gegenüber der durch den Staat und die Sozialpartner erfolgenden Überbeanspruchung der Ressourcen von sekundärer Bedeutung.

Auch die rigorose Ausnutzung wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Macht kann eine Inflationsursache sein. Diese Ursache hat Monsieur Boulloche mit dem Hinweis auf die multinationalen Gesellschaften angesprochen.

In diese Kategorie gehört aber auch das Verhalten von Gewerkschaften, die in einer Unterbeschäftigungslage Lohnerhöhungen durchsetzen, die den Produktivitätszuwachs in manchen Fällen mehrfach überschreiten.

Diese Art von Lohnpolitik erhöht nicht nur die Inflation; sie verschärft auch die Unterbeschäftigung.

Ich bin mit dem Berichterstatter einig, daß die OECD-Länder nicht nur aus wirtschaftlichen sondern auch aus gesellschaftspolitischen Gründen ihr Hauptaugenmerk auf die Reduktion der Arbeitslosigkeit richten müssen, aber eben mit den richtigen Mitteln. Die Wirksamkeit dieser konjunkturpolitischen Mittel darf nicht durch verteilungspolitische Nebenabsichten eingeschränkt werden.

Zu diesen konjunkturpolitischen Mitteln, die heute angewendet werden müssen, gehört in allererster Linie die Steigerung der öffentlichen und privaten Investitionen in einem angemessenen Verhältnis. Die Umstrukturierung des Produktionsapparates der Industriestaaten im Hinblick auf ein neues partnerschaftliches Verhältnis zu den Entwicklungsländern und die Notwendigkeit einer fundamentalen Umgestaltung unserer Energiewirtschaft bieten hierzu genügend Ansatzpunkte.

Abschließend eine Bemerkung zur Energiepolitik. Die zentrale Herausforderung der OECD-Länder ist neben den Fragen der Entwicklungspolitik die langfristige Sicherung einer ausreichenden Energieversorgung, die die Grundlage für den weiteren ökonomischen und sozialen Fortschritt ist. Leider ist in dem Bericht darauf überhaupt nicht eingegangen worden.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Insgesamt stellt der Bericht keine ausgewogene Stellungnahme zur gegenwärtigen Lage der OCED-Staaten dar. Ich kann ihm daher nicht zustimmen.

Abg. Dr. Vohrer (FDP) schlägt vor, in der Entschließung 666 dem Absatz 11 g eine neue Fassung zu geben, die den Änderungsantrag des Abg. Rivière richtigstelle. (Text s. unten)

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident! Ich will zuerst eines richtigstellen: Ich habe der Formulierung, wie sie in der Resolution steht, zugestimmt und würde ihr auch heute noch gern zustimmen. Mein Vorschlag ist lediglich der Versuch, einen Kompromiß zwischen dem Amendement Nr. 6 und dem zu finden, was hier in der Resolution steht, einen Kompromiß, der vom Berichterstatter akzeptiert werden könnte.

Denn Ihr Vorschlag, Herr Rivière, hat drei entscheidende Kritikpunkte:

Erstens sprachen Sie davon, daß die Verwirklichung „rapidement", also schnell vonstatten gehen könnte. Wer heute die Verhandlungen in Genf verfolgt — Produkt für Produkt —, weiß, daß wir den Leuten etwas erzählen würden, was nicht stimmt, wenn wir davon reden würden, daß die **neue Weltwirtschaftsordnung** schnell über die Bühne geht.

Zweitens sagten Sie, die Regierungschefs hätten in London beschlossen, daß ein gemeinsamer Fonds als Lösung aller Fragen anzusehen sei. Davon ist überhaupt keine Rede. Aus dem Grunde habe ich darauf bestanden und halte es für richtig, daß wir die Formel nehmen, die die Staatschefs in London tatsächlich beschlossen haben. Jene Formel ist eben wesentlich umfangreicher und beruht darauf, daß Einzelabkommen geschlossen werden und der gemeinsame Fonds seinen Platz über den Abkommen hat.

Der dritte Kritikpunkt ist der, daß die Vorschläge, wie sie uns vom UNCTAD-Sekretariat vorgelegt wurden, in der Tat auch eine weltweite dirigistische Lösung beinhalten können. Ich möchte mit der letzten Bemerkung darauf hinweisen — darüber wurde im Ausschuß lange gesprochen —, daß wir sehr vorsichtig sein müssen, um einen weltweiten

Dirigismus zu vermeiden, der mit der ursprünglichen Formel möglich wäre, wie sie von der Gruppe 77 vorgelegt wurde.

Deshalb meine Bitte, entweder den ursprünglichen Text oder die Kompromißformel, die wenigstens sachlich richtig ist, anzunehmen.

Abg. Dr. Vohrer (FDP) spricht für einen weiteren Änderungsantrag zur Entschließung 666, dessen Text als Absatz 12 (s. u.) angenommen wird.

Dr. Vohrer (FDP): Herr Vorsitzender, es tut mir leid, daß ich jetzt zufällig zweimal hintereinander spreche. Aber ich glaube, das Amendment ist es wert, daß man es hier in der Versammlung erwähnt, denn **grenzüberschreitende Umweltprobleme** sind für Völkergemeinschaften zwischenzeitlich zu einer Belastungsprobe geworden.

Verehrte Kollegen, wer einen Wahlkreis an einer Landesgrenze hat, der wie ich mit Fessenheim und Wyhl zwei nukleare Projekte direkt im Raum seiner politischen Tätigkeit hat, der weiß, wie notwendig es ist, daß wir uns als Politiker intensiv um solche internationalen Fragen kümmern. Wir haben in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gezeigt, daß wir gemeinsame Lösungen für Umweltprobleme finden können. Wir haben hier gemeinsam das Verursacherprinzip verabschiedet, um einen Weg zu zeigen, wie die Umweltkostenprobleme im marktwirtschaftlichen System internationalisiert werden können.

Das Amendment, das fordert, daß Forschung und Anwendung der Ergebnisse der OECD-Aktivitäten zum Abbau grenzüberschreitender Umweltbelastungen auch realisiert werden, sollte hier nicht nur zustimmend zur Kenntnis genommen werden, sondern man muß sich auch darüber klar werden, daß es von uns Aktivitäten verlangt, und zwar nicht nur im Hinblick auf die OECD, sondern auch Aktivitäten in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.

Ich möchte auf das Beispiel verweisen, das wir mit unserer Arbeit bezüglich der multinationalen Unternehmungen geleistet haben, wo wir mit der Entschließung 639 gemeinsam mit der OECD, die in diesem Bereich eine Richtlinie erlassen hat, zu Ergebnissen kamen.

Ich plädiere dafür, daß wir die Anregung des Amendments benutzen, um analog dazu eine gemeinsame Aktion von OECD und Parlamentarischer Versammlung des Europarats zu starten, mit dem Ziel, einen Verhaltenskodex für umweltbelastende Einrichtungen mit grenzüberschreitender Wirkung hier im Europarat zu verabschieden.

Entschließung 666

betr. Antwort auf den OECD-Tätigkeitsbericht 1976

Die Versammlung

...

I. Wirtschaftliche Probleme und internationale Zusammenarbeit

...

11. fordert

die Regierungen der OECD-Mitgliedsländer, auch soweit sie nicht dem Europarat angehören, auf:

a) eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und dem Kampf gegen die Inflation, die beide unlösbar miteinander verbunden sind, gleiche Bedeutung beimißt, wobei zu berücksichtigen ist, daß eine anhaltend hohe Arbeitslosenrate nicht nur eine unerträgliche wirtschaftliche Verschwendung, sondern vor allem auch eine Geringschätzung der menschlichen Würde darstellt;

b) die zur Regulierung der Gesamtnachfrage notwendigen politischen Maßnahmen durch Aktionen zur Bekämpfung der strukturellen Ursachen der Inflation zu ergänzen und dabei insbesondere die spezifischen Merkmale jedes Wirtschaftsbereichs zu berücksichtigen;

c) eine Politik auszuarbeiten und anzuwenden, die auf eine Reduzierung der Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung abzielt;

d) innerhalb der zuständigen internationalen Organisationen alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um regelwidrige und unlautere Handelspraktiken zu verhindern, die bestimmten Mitgliedsländern oder Gruppen von Mitgliedsländern insbesondere dadurch schwere Schäden zuzufügen drohen, daß sie zum plötzlichen Verschwinden bestimmter Industriezweige führen, und konzertierte Mechanismen zu entwickeln, die Strukturänderungen im Welthandel ermöglichen, die nachteilige soziale Folgen verringern;

e) sich insbesondere durch das Bemühen um eine Verringerung der Wechselkursschwankungen rein spekulativen Ursprungs und durch die Einrichtung eines geregelten und angemessenen Mechanismus für die Schaffung und Kontrolle internationaler Liquiditäten für einen besseren Ablauf der internationalen Zahlungen einzusetzen;

f) alle Verstöße gegen die Einhaltung der von der OECD festgelegten Richtlinien für die multinationalen Konzerne streng zu überwachen, der Erklärung vom 21. Juni 1976 andere Abkommen folgen zu lassen, die eine ergänzende Zusammenarbeit im Hinblick auf internationale Investitionen und multinationale Konzerne fördern sollen, und innerhalb der zuständigen internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, um die nationalen Vorschriften in diesem Bereich zu harmonisieren, auszubauen und wirksamer zu gestalten;

g) Bemühungen zu unternehmen, um sicherzustellen, daß die UNCTAD-Verhandlungen in bezug auf die neue internationale Wirtschaftsordnung zu einer Ausgewogenheit

der Interessen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern führen und Fortschritte im Hinblick auf „produktive Ergebnisse der Verhandlungen über die Stabilisierung der Rohstoffpreise und die Schaffung eines gemeinsamen Fonds für einzelne Abkommen über Ausgleichsvorräte" ermöglichen, wie in der von der Konferenz der Staats- und Regierungschefs in London im Mai 1977 gebilligten Erklärung angestrebt wurde, während eine weltweite Staatsplanung vermieden wird;

II. Weitere Aktivitäten der OECD

12. spricht der OECD über ihre Gutachten und Studien im Bereich der grenzüberschreitenden Verschmutzung und des Umweltschutzes in Grenzgebieten zwar ihre Anerkennung aus, ist jedoch der Auffassung, daß die Billigung der Empfehlungen nicht ausreicht, um diese komplizierten Probleme zu lösen, und daß dauerhafte Lösungen für die Schwierigkeiten bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Verschmutzung nur durch die Verwirklichung internationaler Rechtsvorschriften erzielt werden können, die die wissenschaftliche Forschung und die Anwendung ihrer Ergebnisse unterstützen;

13. fordert die OECD und die zwischenstaatlichen Gremien des Europarates nachdrücklich auf, die in diesem Bereich hergestellte enge Zusammenarbeit weiterzuverfolgen, und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß eine solche Zusammenarbeit zur Vorbereitung internationaler Rechtsvorschriften führt, die gegebenenfalls den Konventionsentwurf des Europarates über grenzüberschreitende Zusammenarbeit und seine Modellabkommen ergänzen;

14. fordert die Regierungen der OECD-Mitgliedstaaten auf:

    a) alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um innerhalb der OECD einen raschen Informationsaustausch über Fluktuationen auf den Agrarmärkten zu erleichtern;

    b) der OECD alle erforderlichen Informationen für die Erstellung wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren für die Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen und damit die Beurteilung der sozialen Lage des europäischen Landwirts zu erleichtern;

15. vermerkt die Entscheidung über die Überprüfung der Auswirkungen technologischer Entwicklungen auf die industriellen Strukturen und die Rolle, die die Regierungen bei der Beeinflussung solcher Änderungen spielen können, und begrüßt die Tatsache, daß der Zweck dieser Arbeit darin besteht, politische Richtlinien für die Mitgliedsregierungen zu formulieren;

16. vermerkt die Einsetzung einer neuen Arbeitsgruppe für Informations-, Computer- und Nachrichtenübermittlungspolitik, die unter anderem den Einfluß moderner EDV-Systeme auf die sozioökonomischen Beziehungen untersucht, und begrüßt die Tatsache, daß dies darauf abzielt, die OECD-Regierungen in der Ausarbeitung der Politik auf nationaler und internationaler Ebene zu unterstützen;

17. erinnert an das Bestreben der parlamentarischen und wissenschaftlichen Konferenzen, Wege zur Verbesserung des demokratischen Entscheidungsprozesses von Regierung, Parlament und Gesellschaft zu finden, um unter Mitwirkung und Übereinstimmung der Öffentlichkeit Maßnahmen durchführen zu können, und begrüßt, daß sie den Synthesebericht über die Probleme und Aussichten der Nutzung der Sozialwissenschaften bei der Entscheidungsbildung auf Regierungsebene mit dem Titel: „Die Nutzung der Sozialwissenschaften im politischen Entscheidungsprozeß" zur Verfügung hat;

18. fordert die OECD auf, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates alle Informationen zu übermitteln, die erforderlich sind, um eine vollständige Studie über die Mitwirkung der Öffentlichkeit am wissenschaftlichen und technologischen Entscheidungsprozeß zu erstellen.

Dienstag, 11. Oktober 1977

Tagesordnungspunkt:

16. und 17. Jahresbericht der EFTA

(Drucksachen 4034, 3883 und 4013)

Berichterstatter: Abg. Luptowitz

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Ministerkomitees

(Drucksache 4035)

Berichterstatter: Außenminister Arnaldo Forlani (Italien)

Alber (CDU/CSU): Having been informed that the Committee of Ministers intendsens not to increase the **budget of the Council of Europe for** 1978 in real terms;

Concerned by these new budgetary restrictions which threaten to prevent the Council of Europe from assuming its political responsibilities to the full;

Considering that several member states have announced their intention of increasing their national budgets in real terms in 1978,

To ask the Chairman of the Committee of Ministers:

Whether, in these circumstances, the Committee of Ministers is prepared to reconsider its position and to envisage an increase in real terms in the Council of Europe budget for 1978.

Außenminister Forlani antwortet, das Ministerkomitee habe über den Haushalt 1978 noch nicht Beschluß gefaßt. Dies geschehe erst im Dezember 1977. Allerdings könne die Gesamthaushaltslage nicht sehr optimistisch betrachtet werden.

Abg. Alber stellt die weitere Frage an den Vorsitzenden des Ministerkomitees:

Alber (CDU/CSU): Considering that Spain will soon become the 20th member state of the Council of Europe, but concerned by the reduced budgetary means available to the Council,

To ask the Chairman of the Committee of Ministers:

whether the Committee of Ministers will take action on the proposals formulated in Recommendation 811 (1977) and will take the necessary steps to ensure that the accession of a new member state will give rise to an increase in the budgetary means made available to the Council of Europe, while maintaining in real terms the contributions of present member states.

Außenminister Forlani erwidert, da das Ministerkomitee sich noch nicht mit der Empfehlung 811 beschäftigt habe, könne er zu dieser Frage noch nicht Stellung nehmen.

Tagesordnungspunkt:

Die Lage in Spanien

(Drucksachen 4037 und 4049)

Berichterstatter: Abg. Channon

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Gestatten Sie mir bitte eine sehr persönliche Vorbemerkung. In der Zeit, in der spanische Demokraten nicht öffentlich auftreten konnten, als sie unter Polizeiaufsicht standen, hatte ich die Möglichkeit, bei einer Veranstaltung, die die Autonome Universität Madrid und das Deutsche Kulturinstitut in Madrid ausrichteten, eine Rede zu halten. Diese Rede war weniger dazu gedacht, Informationen zu geben, als vor allem, spanischen Politikern die Chance zu eröffnen, trotz der Zensur öffentlich vor einem interessierten und wichtigen Publikum aufzutreten. Ich freue mich, daß unter denen, die damals diese Möglichkeit bekamen, der heutige Präsident des freigewählten Congresso, Herr Alvarez de Miranda, und mein geschätzter Vorredner, Herr Antonio Canyellas, waren. Ich bitte um Verständnis, wenn ich sie beide auf Grund jener Tatsache hier besonders herzlich begrüße.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Anwesenheit dieser beiden Politiker und der anderen demokratischen Repräsentanten Spaniens macht deutlich, welche Wandlung sich in den letzten zwei Jahren in **Spanien** vollzogen hat. Ich bin der Auffassung, daß es nun die Aufgabe der parlamentarischen Versammlung des Europarates ist, Konsequenzen aus dieser Änderung zu ziehen, und zwar nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt, sondern in allernächster Zeit.

Herr Präsident, ich bin sicher, daß alle, die in diesem Saal sitzen, sich auf diesen Tag gefreut haben, auf den Tag, an dem zum ersten Mal die gewählten spanischen Vertreter in unserer Mitte sind, die Vertreter eines Volkes, das einen blutigen Bürgerkrieg und 40 Jahre autoritäre Herrschaft hinter sich hat. Ich bin der Auffassung, daß gerade an einem solchen Tag eine eindeutige Deklaration dieses Europarates nötig ist, um klarzumachen, daß wir das große spanische Volk nicht wartend vor der Tür stehen lassen wollen, sondern daß wir dieses Volk möglichst schnell im Kreise der Völkerfamilie des Europarates sehen wollen. Denn nicht nur Spanien benötigt Europa, sondern Europa benötigt ebenso Spanien.

Wir haben in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine Situation gehabt, in der es Bedenken gab, ob man diejenigen Staaten, die während der Zeit des Krieges unter einer Diktatur lebten, schnell in den Europarat, der sich damals konstituierte aufnehmen sollte. Wir haben eine Zeit erlebt, in der die Sorge vorherrschte, diese Staaten könnten möglicherweise noch nicht in einem solchen Rat mitarbeiten. Die Sorge war sicher nicht aus Haß entstanden, sondern aus der Überlegung, daß man einem Freund, der lange krank war, noch nicht recht zutraute, die notwendige Arbeit zu leisten.

Ich habe den Eindruck, ein paar Mitglieder dieser Versammlung haben heute eine ähnliche Sorge gegenüber dem demokratischen Spanien. Aber ich glaube, meine verehrten Kollegen, dies ist eine Sorge, die wir beiseite schieben, über die wir hinweggehen sollten. Denn wir haben in der Vergangenheit immer wieder erlebt, daß in dem Augenblick, in dem wir den Demokraten, die in ihren Staaten wieder die Regierungsgewalt übernahmen, Vertrauen schenkten, diese Demokraten eine größere Chance gewannen, ihr Land endgültig in ein demokratisches umzuwandeln.

Meine Damen, meine Herren, der britische Verleger Victor Gollancz hat unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg den Satz geprägt: Save Europe now! Ich glaube, dies war ein wichtiger, ein notwendiger Satz. Ich möchte ihn heute variieren und sagen: Bitten wir Spanien, möglichst schnell unserer europäischen Völkerfamilie beizutreten!

Mittwoch, 12. Oktober 1977

Tagesordnungspunkt:

Die Lage in Spanien

(Fortsetzung der Aussprache)

Dr. Gessner (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema **Spanien** offenbart in dreifacher Hinsicht bemerkenswerte Entwicklungen in

unserer Zeit: Einmal hat ein großes Land zur Demokratie zurückgefunden, zweitens ist es das letzte Land außerhalb des kommunistischen Machtbereichs in Europa, das die Diktatur abgeschüttelt hat, und drittens hat uns Spanien gezeigt, daß man auch auf evolutionärem Wege, auf dem Wege der Gewaltlosigkeit, ein autoritäres bzw. totalitäres System überwinden kann. Ich glaube, es gibt kein Beispiel in der neueren Geschichte, daß ein Land, das so lange unter dem Joch einer Diktatur zu ächzen hatte, auf diesem Wege den Weg in die Freiheit gefunden hat. Spanien kann stolz darauf sein, den Beweis erbracht zu haben, daß Demokratie auch durch Evolution möglich ist. Dieser Beitrag in der Auseinandersetzung mit Kräften totalitärer und autoritärer Staatsauffassung ist meiner Überzeugung nach nicht hoch genug einzuschätzen. Der Beweis, daß eine Diktatur auf evolutionärem Wege überwunden worden ist, wird im Laufe der Zeit für viele unterdrückte Menschen Ansporn sein, sich dem Herrschaftsanspruch obrigkeitlicher Staaten entgegenzustellen. Dem evolutionären, dem gewaltlosen Weg eine neue, eine erfolgversprechende Perspektive eröffnet zu haben, ist eine Leistung, für die Spanien heute schon unser aller Dank gebührt.

Vier Jahrzehnte lang hatte der faschistische Staatsapparat die Möglichkeit, die Menschen zu beeinflussen. Dies war begleitet von der politischen Isolation des Landes, dies war begleitet von einer Übermacht des Militär- und Polizeiapparates. Gerade deswegen ist es so bemerkenswert, daß schon bald nach dem Tode des Diktators der Prozeß der Umwandlung begann. Dieser Prozeß hat in der Zwischenzeit einen Stand erreicht, der nur noch mit Gewalt rückgängig gemacht werden kann, wenn überhaupt. Das beweist mir, daß die Sehnsucht des Volkes vorhanden gewesen ist, dieses System abzuschütteln, und macht klar, daß dieses System hohl gewesen ist und von den Menschen auf Dauer eben doch nicht angenommen worden war.

Spanien hat eine ganze Reihe großer Probleme zu lösen. Es kommt nicht nur darauf an, daß jetzt die Spielregeln, die **Rechte und Pflichten der Demokratie** in der Verfassung festgeschrieben werden, es kommt auch darauf an, daß ein breiter Konsens aller demokratischen Kräfte vorhanden sein muß, um dieses Verfassungswerk zu tragen. Nur dann wird es in der Bevölkerung tief verwurzelt sein können.

Manche Staaten, die ebenfalls unter einer Diktatur gelitten haben — und mein Land gehört dazu —, wissen, was für ein riesiges Problem es ist, all die Gesetze und Verordnungen außer Kraft zu setzen, die im Laufe einer Diktatur geschaffen worden sind, um die Menschen im Sinne totalitärer oder autoritärer Herrschaft zu manipulieren. Die Zahl wird groß sein, und diese Bereinigung ist nicht von heute auf morgen zu bewältigen. Ich glaube, erst im Laufe der demokratischen Regierungspraxis über Jahre hinweg wird sich in Spanien in vollem Umfang herausstellen, in welchen Bereichen und wie das faschistische Regime versucht hat, Verhaltensweisen und Willen der Bevölkerung im Interesse der eigenen Machtbewahrung und Machtausübung zu manipulieren. Diese Bereinigung ist nicht nur eine Sache des Willens, obwohl er unabdingbar ist. Von entscheidender Bedeutung wird ebenfalls sein, ob die Regierung in Spanien in der Aufbauphase der Demokratie eine eindeutige und progressive Mehrheit im Parlament hinter sich hat.

Schließlich ist es immer und für jeden Staat mit Schwierigkeiten verbunden, wenn der Staatsapparat nicht fest in den Händen von Demokraten ist. Es gibt dafür beredte Beispiele. Jede demokratische Institution muß sicher sein, gleich ob Regierung oder Parlament, daß die Vollstreckung ihres Willens Selbstverständlichkeit ist.

Wir haben von einem der spanischen Sprecher gehört, daß sich Spanien Jahrzehnte in einer Isolation befunden hat. Wir sollten als Demokraten dazu beitragen, Spanien zu helfen, sie zu überwinden, wo auch immer Möglichkeiten für uns vorhanden sind.

Deswegen erfüllt es mich mit großer Genugtuung, daß wir einen gemeinsamen Resolutionsentwurf vorgelegt haben, in dem der Wunsch der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zum Ausdruck kommt, daß Spanien so bald wie möglich Mitglied werden soll. Ich glaube, in diesem Punkt wird es nirgendwo noch Hindernisse geben.

Es ist gut gewesen, daß wir uns auf diese gemeinsame Resolution verständigen konnten, weil sie geeignet ist, den Demokratisierungsprozeß in Spanien zu fördern.

Spanien ist ein großes Land mit einer reichen Kultur, mit berühmten Namen, die der Menschheit unendlich viel gegeben haben, ein Land, das durch den demokratischen Teil seiner Vergangenheit längst demokratische Tradition hat.

Gestern habe ich gehört, daß die sozialistische Partei in Spaniens bereits über hundert Jahre besteht. Das beweist meine soeben gebrauchten Worte.

Ich glaube daher, daß der Demokratisierungsprozeß in Spanien nicht beim Punkt Null beginnt. Dies ist ein weiterer Grund, weswegen ich glücklich bin, daß Spanien bald in die große Familie des Europarats aufgenommen sein wird.

Empfehlung 820

betr. die Lage in Spanien

Die Versammlung

1. erinnert an ihre Entschließungen 575 (1974), 599 (1975), 614 und 640 (1976) und 656 (1977);

2. hat die frei gewählten Vertreter des spanischen Volkes, Mitglieder der Allparteien-ad-hoc-Delegation der Cortes, die zum zweiten Teil der 29. ordentlichen Sitzung eingeladen wurde, angehört;

3. begrüßt die von den Sprechern aller Fraktionen in der Cortes unterzeichnete Erklärung vom 8. Oktober 1977 an die Versammlung, in der sie ihre Absicht bekräftigen, sicherzustellen, daß die neue Verfassung die in der Satzung des Eu-

roparates und in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerten Ideale garantiert;

4. hofft auf die schnelle Annahme und uneingeschränkte Anwendung einer neuen und demokratischen Verfassung für Spanien;
5. ist der Auffassung, daß das demokratische Europa eine dringende Verantwortung trägt, zur Konsolidierung der Demokratie in Spanien beizutragen, und daß möglichst enge Verbindungen sowohl für Spanien als auch für Europa viele Vorteile bringen werden;
6. empfiehlt dem Ministerkomitee, Spanien unverzüglich aufzufordern, dem Europarat beizutreten, und ist der Auffassung, daß diese Empfehlung vom Ministerkomitee als die Stellungnahme der Versammlung zu betrachten ist, die in der vom Ministerkomitee im Mai 1951 verabschiedeten Entschließung (51) 30 über den Beitritt neuer Mitglieder zum Europarat vorgesehen ist.

Tagesordnungspunkt:

Die Mißstände in Europa

(Drucksache 4030)

Berichterstatter: Abg. Aubert

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident! Ich will mich nur auf einige Ausschnitte aus dem vorzüglichen Bericht beziehen, dessen Pessimismus ich leider begründet finde. Das gilt z. B. für den Begriff „Weltwirtschaftskrise".

Wir Politiker können uns im allgemeinen nicht von dem Denken in gewohnten wirtschaftlichen Kategorien lösen. Wir sehen z. B. selten die Gleichwertigkeit von Ökonomie und Ökologie; das ist eines der Beispiele, wo wir in alten Kategorien verweilen. Im Grunde ist das, was wir als **Weltwirtschaftskrise** ansprechen, ein Mißverhältnis zwischen nationaler Steuerbarkeit und der gewaltigen Ausdehnung und Verflechtung der Probleme.

Die Regierungen sehen das. Einerseits wird erkannt, daß es sich um transnationale Probleme handelt. Andererseits aber klammert sich jedes Land an die Fata Morgana eigener Lösungsmöglichkeiten. Soweit erkannt wird, daß es transnationale Probleme sind, schafft man in steigender Zahl internationale Organisationen und Institutionen, die übergreifend mit speziellen und allgemeinen Aufgaben befaßt werden. Immer mehr Experten befassen sich in vielfältiger Tätigkeit mit Papierproduktion. Die stets etwa gleichbleibende Zahl von Politikern steht dem gegenüber und wird von dieser Produktion zugedeckt.

Diese gemeinsame Tätigkeit aber schafft Bürgerferne. Die Unterschiede der verschiedenen internationalen Organisationen und Institutionen sind dem Bürger immer weniger klar. Es fällt uns sehr schwer, ihm die Unterschiede in einer Weise zu erklären, daß er Mut und Vertrauen schöpfen könnte. Es gelingt uns nicht immer. Oft rufen die Bürger aus: Wozu haben wir denn unser eigenes Parlament und unsere eigene Regierung! Da sind wir schon wieder bei der nationalistischen Lösung.

Was können die nationalen Regierungen nun tun, um dieses Dickicht zu entwirren? Im Gegenzug dazu konzentrieren sie sich selber sehr oft auf nationale Versuche, z. B. Konjunkturpolitik zu machen, um etwa eigene Reserven zu sichern, sich eigene Märkte zu erhalten. Das mag heutzutage und mehr und mehr zu einem Von-der-Hand-in-den-Mund-Leben geraten. Nur die Partnerländer, die auch die Partner in den internationalen Organisationen sind, werden aus diesem Blickwinkel, soweit es sich um Export und Import handelt, als notwendige Motoren der eigenen nationalen Notwendigkeit gesehen, die eigene Zahlungsbilanz abzustützen.

Statt allmählich transnationale wirtschaftliche Lösungen ernsthaft einzurichten, strebt jeder danach, sein Land vorläufig national überleben zu lassen. Etwa ein größerer Fischfang, ein plötzlicher Ölfund, der Aufschwung der Autoindustrie scheinen schon wieder die nationale Unabhängigkeit zu garantieren. Dennoch werden die Folgen weltweiter Krisen gesehen und auch beklagt.

Im Europa der Neun sind alle Ansätze zur Wirtschafts- und Währungsunion viele nati[illegible] Tode gestorben. Die Weltwirtschaftskrise, die ein Mißverhältnis zwischen ökonomischer Wirklichkeit und zurückgebliebener Politik ist, kann man auf diese Weise kaum in den Griff bekommen. Mehr Transnationalität wird von den eigenen Staaten aber selten zugelassen, obgleich sie selbst wissen, daß sie in vielen Fällen das einzige Heilmittel ist.

Nun greifen die Bürger natürlich zur Eigenhilfe. Sie merken, daß auf der Stelle getreten wird, daß die Bürokratisierung von Parteien und politischen Institutionen größer wird, daß die Verwaltung allmählich alle politischen Probleme ergreift und daß sie sich in dieser Verwaltung selbst genügt.

So entstehen eben Bürgerinitiativen. Die meisten von ihnen sind völlig demokratisch und als solche zu begrüßen, weil sie, wie auch schon Mr. Cook sagte, auf demokratische Regungen des einzelnen Bürgers zurückgehen, mithelfen zu wollen, mitzutun, was wir als Politiker ja wünschen müssen. Es ist unrecht, all diese Bürgerinitiativen in Bausch und Bogen zu verdammen, weil eine kleinere Zahl von ihnen versucht, gewaltsam vorzugehen. Hier wäre ein Korrektiv für institutionelle Verkrustung gegeben.

Wir dürften nicht hängenbleiben nur bei Entschließungen und Empfehlungen, die etwa in der Dunkelkammer der Ministerkomitees bzw. deren Vertretern abgehandelt werden. Das wird für uns Parlamentarier nur immer zweifelhafter, weil wir das als undemokratisch empfinden müssen und weil es letzten Endes der Sache auch nur wenig hilft.

Europa als das bedeutendste wirtschaftliche Kraftfeld muß sich auch politisch verantwortlich fühlen und auch handeln können.

Ein ganz kleines Wort zum **Eurokommunismus,** über dessen Entwicklung man noch nichts sagen

kann, wie auch der Berichterstatter schon erwähnte. Sicher ist er ein aufregender Prozeß. Nichts könnte dem Westen willkommener sein als etwa echte Demokratisierung kommunistischer Parteien.

Solche Bewegungen in dieser Richtung, wenn sie im Osten geschahen, haben wir begrüßt. Ich erinnere an Ungarn 1956, an den Prager Frühling; ich erwähne einzelne Personen wie Milovan Djilas und Professor Havemann.

Wenn sich nun entsprechende Bewegungen hier im Westen zeigen, sollten wir uns abwartend verhalten; denn vielleicht, liebe Kollegen, könnten es einen Sieg demokratischer Ideen bedeuten. Ich weiß es nicht, aber man sollte die Hoffnung doch nicht begraben!

Ein letztes Wort zu dem, was unsere Nachbarn an der Bundesrepublik so beunruhigt. Im Rahmen dessen, was im Bericht erwähnt wird, wird von „Nationalismen" gesprochen, an anderer Stelle auch von **„Terroristen"**.

Mein Land mutet seinen Nachbarn mit der raschen Folge verschiedener Staatsideologien und Verfassungen viel zu. Vermutlich wissen Sie oder können sich doch denken, mit wieviel heißer Mühe und Überzeugung seit 1948 unser demokratischer Staat aufgebaut wurde. Wirtschaftlich haben wir bisher Stabilität erreicht, sogar in verhältnismäßig hohem Maße.

Verloren ging uns aber fast vollständig ein Nationalbewußtsein, nachdem durch den Nationalsozialismus ein totaler Ausverkauf aller nationalen Gefühle und Begriffe geschah. Vielleicht kämpft man bei uns deshalb um so irritierter mit nationalistischen Regungen. Es fehlt auf Tradition beruhende Gelassenheit.

Zugleich versuchen nun Terroristen, unsere junge Demokratie als „faschistoid" zu verteufeln. Soweit diese das tun, hat Terrorismus einen politisch anmutenden Nebenantrieb. Aber ich bin der Meinung, daß der Terrorismus in der uns heute leider vor Augen geführten Form absolut unpolitisch ist.

Seine tiefen Wurzeln aber sind gesellschaftliche Übel. Aggression ist ein latentes Phänomen. Ein friedlicher Zustand, liebe Kollegen, kann dann gefährlich sein, wenn es für Aggressionen kein Ventil gibt.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist in diesem Zusammenhang eine sehr große Gefahr, weil aus Menschen, die in der Gesellschaft nicht gebraucht werden, potentielle Terroristen erwachsen könnten.

Für uns Europäer sind also zwei Dinge nötig: Es muß zum Frieden erzogen werden, und die Aggressivität muß aufgefangen, muß umgewandelt werden in schöpferisches Handeln. Es ist ein Verbrechen der Gesellschaft, wie sie Kinder und Jugendliche unbeachtet und ohne Erziehung zur eigenen Persönlichkeit aufwachsen läßt oder sie verwöhnt, ohne sie im geringsten zu fordern.

Hier liegt eine gemeinsame Aufgabe. Über das hinaus, was durch wirtschaftliche Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit nicht erreicht werden kann, muß die Politik Möglichkeiten schaffen, die auf gesellschaftlichem Gebiet liegen können.

Ich begrüße die durch diesen Bericht gegebenen Möglichkeiten, uns mit dem zu beschäftigen, was uns selbst bedrückt und dessen wir nicht ohne weiteres Herr werden können. Ich wünsche sehr, daß unsere Reden uns selbst zum Handeln führen.

Donnerstag, 13. Oktober 1977

Tagesordnungspunkt:

Die Mißstände in Europa

(Fortsetzung der Aussprache)

Dr. Gessner (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich dem Herrn Berichterstatter für den Bericht danken, den ich über weite Strecken hinweg unterschreiben kann. Verdeutlichend möchte ich jedoch hinzufügen, daß eine Reihe von Problemen, die in dem Bericht behandelt werden, nicht nur europäischer Natur, sondern weltweit vorhanden sind, beispielsweise die **ökonomischen Probleme**, mit denen wir uns herumzuschlagen haben.

Mir liegt daran, auch darauf aufmerksam zu machen, daß diese ökonomischen Krisenerscheinungen nicht auf die westlichen Industriestaaten, die westlichen Demokratien konzentriert sind. Vielmehr weiß ich, seitdem ich kommunistische Staaten kenne, daß diese von Anfang an gegen krisenhafte Erscheinungen kämpfen müssen, und zwar bis auf den heutigen Tag. Ich möchte nicht, daß so getan wird, als wäre das, was sich hier vor unser aller Augen zum Teil dramatisch abspielt, eine rein westliche Angelegenheit, eine Angelegenheit der Demokratien. Es gibt keinen Grund zum Frohlocken, die Redlichkeit scheint mir jedoch zu gebieten, auf diesen Punkt hinzuweisen.

Eine Reihe von Erscheinungen, die unser Kollege Cermolacce angeführt hat, und zwar als Vorwurf gegen westliche Demokratien, finden wir exakt auch in den kommunistischen Staaten. Es ist z. B. ein ausgesprochen kapitalistisches Verhalten, wenn es dort, wie ich von Arbeitnehmern aus der Bundesrepublik Deutschland höre, die das auf Grund ihrer Tätigkeit genau wissen müssen, auf Grund der Devisennot kommunistischer Länder Dumping im Schiffbau gibt.

Wie gesagt, wenn wir die Probleme bewältigen wollen, müssen wir redlich genug sein, um fair und objektiv zu analysieren. Dabei kommt es darauf an, daß wir die Problematik in ihrer ganzen Spannweite betrachten.

Natürlich ist es so, daß wir in Europa Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Inflationserscheinungen haben. Das Problem scheint mir nun zu sein, daß die ökonomische, soziale und eben auch politische

Situation in den einzelnen Ländern sehr, sehr unterschiedlich ist. Es gibt große Unterschiede in den Strukturen dieser Staaten. Der eine Staat ist mehr agrarisch strukturiert, der andere ist mehr industriell ausgerichtet. Der eine kann besser Export betreiben als der andere. Die Folge davon ist, daß es zwischen den europäischen Staaten unterschiedliche Interessenlagen gibt. Das führt zu einer unterschiedlichen Wirtschaftspolitik. Wir sehen das sehr deutlich beispielsweise im Bereich der Währungs- oder der Subventionspolitik.

Die einen glauben, mehr gegen Inflation steuern zu müssen. Die anderen meinen, sie müßten mehr gegen Arbeitslosigkeit ankämpfen. Dabei bin ich der Meinung, daß es tunlich ist, zu versuchen, beide Probleme in den Griff zu bekommen. Aber wenn man sich in der europäischen Landschaft umsieht, so bemerkt man, daß die nationalen Wirtschaftspolitiken leider sehr voneinander differieren.

Das Ergebnis ist, daß die Maßnahmen eines Landes, gerichtet gegen eine bestimmte Problematik im Inneren, oft in ihrer Wirkung relativiert, aufgehoben oder beeinträchtigt werden durch Maßnahmen anderer Länder, die sich auf Grund ihrer anderen Interessenlage anders verhalten. Ich glaube, wir werden aus dieser bedenklichen Situation, in der wir uns befinden, am ehesten herauskommen, wenn es uns gelingt, die nationalen Wirtschaftspolitiken zu koordinieren. Dies ist außerordentlich schwierig. Ich kenne die Versuche, die die verschiedenen Regierungen unternommen haben, sehr gut. Wahr ist dabei auch, daß es leider immer wieder Versuche gibt, auf nationalen Eigenständigkeiten zu beharren. Dies ist ein weiterer erschwerender Punkt.

Hinzu kommt, daß natürlich die Rolle des Staates zur Erörterung gestellt wird; denn es geht ja darum, wie man Wirtschaftspolitik macht, welche Instrumente man einzusetzen bereit ist, um krisenhafte Erscheinungen zu bekämpfen.

Hier offenbart sich ein tiefer gesellschaftspolitischer Hintergrund. Da es in der europäischen politischen Landschaft die unterschiedlichsten gesellschaftspolitischen Strömungen gibt, wird jedermann klar, wie schwierig es ist, die Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken tatsächlich zuwege zu bringen. Ich will damit sagen, die Tatsache daß wir in diesem Bereich noch nicht allzu weit gekommen sind, ist nicht etwa der Ausdruck bösen Willens von Regierungen. Es gibt eine ganze Reihe objektiver Gründe, die die Koordination nationaler Wirtschaftspolitiken erschweren. Das ist eben nicht zuletzt auch Ergebnis der Tatsache, daß wir in den einzelnen Staaten, zwischen den einzelnen Regierungen gesellschaftspolitische Divergenzen haben, die von erheblicher Tragweite sind.

Es drängt mich, noch eine ganze Reihe von Problemen anzusprechen. Ich möchte aber zum Schluß meiner Redezeit wenigstens noch einen Punkt herausgreifen. Der große Schwung, der auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet war, ist leider vorbei. Wir hatten ihn nach dem Kriege in den fünfziger Jahren. Heute ist es so, daß es sehr leicht ist, auch unter uns, über Europa zu diskutieren, wenn wir uns im Bereich von Allgemeinplätzen bewegen. Je konkreter wir aber versuchen, in Detailfragen voranzukommen, um so schwieriger wird die Diskussion. Hier offenbart sich immer wieder das Beharren auf nationaler Souveränität. Ich glaube — das ist ein Bekenntnis, das ich gerne hier ablege —, daß man die Einigung Europas nur voranbringen kann, wenn man nationale Souveränität auf supranationale Institutionen überträgt, sowohl auf Behörden als auch auf parlamentarische Einrichtungen. Hier ist noch ein großer Lernprozeß in der europäischen Öffentlichkeit bis tief in die Politik hinein notwendig, der von heute auf morgen nicht zu bewältigen sein wird. Ich habe aber die Hoffnung, daß sich die Vernunft eines Tages doch durchsetzen wird.

In zwei Änderungsanträgen, die angenommen werden, schlägt Abg. Frau von Bothmer vor, in Absatz 5 die Erwähnung des mittleren Ostens und in Absatz 6 die Einfügung der Worte „und echter Solidarität" vor (s. folgenden Text).

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident, es handelt sich bei beiden Änderungen nur um ganz einfache Einfügungen.

Einmal bin ich der Meinung, daß neben den Ländern, die vom Berichterstatter erwähnt werden, auch der **Nahe Osten** genannt werden muß, weil gerade der Nahe Osten ein Gebiet steigender Bedeutung — und zwar insbesondere auch für Europa — ist, das wir keinesfalls auslassen sollten.

Zum anderen geht es lediglich um eine Beteuerung dessen, daß es nicht nur eine enge Zusammenarbeit, sondern auch Solidarität zwischen den europäischen Ländern geben muß.

Empfehlung 821

betr. die allgemeine Politik des Europarates — „Die Mißstände in Europa"

Eine politische Analyse der Lage in Europa

Die Versammlung

1. hat den Bericht des Politischen Ausschusses über „Die Mißstände in Europa" (Dok. 4030) zur Kenntnis genommen;
2. erinnert an ihre Empfehlung 803 (1977) betr. die europäische Solidarität;
3. ist über die politische Instabilität auf nationaler und europäischer Ebene besorgt, die bedingt ist durch:
   — engstirnigen Nationalismus und Protektionismus, die die Verwirklichung der europäischen Idee vereiteln;
   — den Einfluß der globalen Wirtschaftskrise auf die Maßnahmen der nationalen Regierungen im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Inflation;
   — die Verbreitung unmittelbarer Aktionen außerhalb der demokratischen politischen Strukturen;

— die gefährliche Entwicklung des politischen Terrorismus;

4. ist über ein gewisses Unbehagen innerhalb der europäischen Institutionen besorgt, das zurückzuführen ist auf:

   — Uneinigkeit in der europäischen Zusammenarbeit, die eher den Wettbewerb als das gemeinsame Vorgehen der Institutionen fördert;

   — die komplexen Probleme, die durch die schrittweise Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften entstehen;

   — die politischen Folgen der Direktwahl zum Europäischen Parlament;

5. vertritt die Ansicht, daß das demokratische Europa im Hinblick auf die Durchführung der Schlußakte der Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie hinsichtlich der Verbesserung der Beziehungen zwischen der westlichen Welt, den Entwicklungsländern und dem Nahen Osten wichtige Aufgaben zu erfüllen hat;

6. ist sich bewußt, daß die Einheit des demokratischen Europas eine Fiktion bleibt, solange es auf der Grundlage eines besseren wirtschaftlichen und sozialen Gleichgewichts sowie einer verstärkten Zusammenarbeit keinen engeren Zusammenhalt und keine echte Solidarität zwischen Nord- und Südeuropa gibt;

7. appelliert an die Fraktionen in den europäischen Versammlungen, gemeinsam die Anpassung der europäischen Strukturen an die Erfordernisse einer verstärkten Zusammenarbeit zu untersuchen, um zu einer größeren Einheit unter allen demokratischen Ländern Europas sowie zu einer echten Koordinierung der Arbeiten der bestehenden Institutionen unter Berücksichtigung ihrer besonderen Rolle und Funktionen zu gelangen;

8. appelliert an die Regierungen der Mitgliedstaaten und an die nationalen Parlamente, ihre politische Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen, um

   a) in der europäischen Öffentlichkeit durch konkrete politische Maßnahmen und durch eine umfassende und unparteiische Informationspolitik eine echte europäische Gesinnung zu entwickeln, die imstande ist, sich dem Wiedererwachen des Protektionismus und Nationalismus zu widersetzen;

   b) eine europäische Zusammenarbeit zu fördern, die Lösungen für die Probleme bietet, mit denen heute alle europäischen Länder konfrontiert werden, und zwar durch:

      i) die Sicherstellung der komplementären Verteilung von Zuständigkeiten und Aktivitäten unter den verschiedenen europäischen Institutionen;

      ii) eine gerechtere und realistischere Verteilung der Haushaltsmittel unter den bestehenden europäischen Institutionen;

9. empfiehlt dem Ministerkomitee,

   a) zu einer Wiederherstellung des Vertrauens in die europäische Demokratie und zum reibungslosen Funktionieren der Institutionen beizutragen, indem es

      i) dem Schutz der demokratischen Prinzipien Vorrang in dem zwischenstaatlichen Arbeitsprogramm einräumt;

      ii) die spezifischen Verantwortungen des Europarates im Hinblick auf den Schutz der Menschenrechte in allen Bereichen bekräftigt;

   b) uneingeschränkt alle Möglichkeiten als Dialogforum zwischen den demokratischen Ländern Europas auszuschöpfen, indem es

      i) zustimmt, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Entwicklung der europäischen Integration zu erleichtern, und vor allem mithilft, daß sich die jeweiligen Tätigkeiten der europäischen Institutionen nicht überschneiden,

      ii) die politische Zusammenarbeit zwischen allen demokratischen Staaten Europas verstärkt, um die Rolle des Europarates als Brücke zwischen all seinen Mitgliedstaaten und den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaften aufrechtzuerhalten.

Tagesordnungspunkt:

12. Tagung der Europäischen Konferenz der Gemeinde- und Regionalbehörden

(Drucksache 4024)

Berichterstatter: Abg. Weber